

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röhlstr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8392.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **383800** Exemplaren
erschließt diese Ztg.

Die Gewerkschaftsbeiträge und die öffentlichen Steuern.

In der sechstägigen Reichstagsdebatte über das neunköpfige Ungeheuer der sogenannten „Reichsfinanzreform“ blieb es dem preussischen Finanzminister v. Rheinbaben vorbehalten, die bekannte Kampfstrategie des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anzuwenden, nach der die Waffen aus dem eigenen Lager des Gegners geholt werden. Eigentlich hätte das, das sollte man meinen, Sache des Reichsverbandesgenerals v. Liebert sein sollen, der durch die Rückständigkeit eines Teiles der sächsischen Arbeiter leider den Reichstag als „Volkstribun“ — „ziert“. Aber der Herr Liebert befindet sich gegenwärtig in sehr angreifenden und niederdrückenden persönlichen Schwulstigkeiten; er soll nämlich das Sümmchen von 400000 M an das Reich zurückzahlen, das er seinerzeit als Gouverneur von Ostafrika eigenmächtig ausgegeben hatte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Noske und der Zentrumsmann Erzberger brachten die Affäre zur Sprache und sie werden sie wiederholen, bis sie zur Zufriedenheit und Schadloshaltung des Volkes erledigt ist. Herr Liebert ist sich offenbar des volkstümlichen Sprüchleins bewußt, daß, wer Butter auf dem Kopfe hat, nicht in die Sonne gehen soll und darum war er in der letzten Zeit im Reichstag so still.

Dafür redet nun Rheinbaben im Stile des Liebertschen Reichsverbandes, um die sozialdemokratische Opposition zu entwarfen. Dabei ist es nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß Herr v. Rheinbaben nicht etwa ein Staatsmann, sondern eine Polizeinatur ist, als die er sich in der üblichen Weise als Polizeipräsident von Wiesbaden unter dem Sozialistengeß durch Auflösung von Organisationen und Verbote von Versammlungen „erfolgreich“ betätigte. Darum auch erblickten die Junker in ihm den sogenannten „starken Mann“, also den geeigneten Oberpolizisten, den sie gerne gegen die gehafte Arbeiterbewegung loslassen möchten.

Rheinbaben verteidigte nun den großen Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes gegen die sozialdemokratische Kritik und Opposition mit dem Hinweis auf die Opfer, die die organisierten Arbeiter für die Gewerkschaften und für die Partei bringen. Diese Opfer werden von strapellofen Feinden der Arbeiterbewegung zu allerlei denagogischen Zwecken ausgepielt, solange sie besteht. War doch früher der „mit den Arbeitergroßen gemästete Agitator“ geradezu eine stehende Figur im Kampfe der Gegner. Wenn es gerade paßte, wurde dann umgekehrt die Gewerkschaft wie die Partei beschuldigt, ihre Angestellten schlecht zu bezahlen und auszubenten. Rheinbaben sagte also:

„Der wirtschaftliche Aufschwung der Arbeiter wird durch die großen Ausgaben, die für die Gewerkschaften aufgebracht werden, unwiderleglich bewiesen. Die Einnahmen der freien Gewerkschaften für 1907 betragen 53 Millionen (Hört, hört! rechts); sie sind seit 17 Jahren um das Fünffache gestiegen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Arbeitslosenunterstützung.) Im übrigen sind die Gewerkschafts- und Parteibeiträge Zwangsbeiträge, während bei den indirekten Steuern jeder durch Verminderung des Konsums es in der Hand hat, seine Belastung zu vermindern. Hier ist also, wie Bismarck sagte, jeder sein eigener Steuerrefektor. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auch bleiben die indirekten Steuern nur teilweise auf dem Arbeiter haften, sie werden zum andern Teil in den Arbeitslöhnen auf den Arbeitgeber abgewälzt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich kann Ihnen dafür einen großen Heiligen der Sozialdemokratie anführen (Heiterkeit rechts). Engels: „In den Steuern sind die Arbeiter nur sehr wenig interessiert. Was, was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht in den Produktionskosten ein, muß also vom Unternehmer mit vergütet werden.“ (Hört, hört! rechts.) Beim Herr Südekum von der sozialen Notwendigkeit des Bierkonsums sprach, so meine ich doch, daß es eine viel größere soziale, politische und moralische Notwendigkeit ist, daß die Arbeiter für die eminenten Bedürfnisse des Reiches auch ihrerseits einen Tribut entrichten.“

Herr v. Rheinbaben ist ein Rechenkünstler und wohl deshalb preussischer Finanzminister. Er konstatiert, daß seit 1890 die Einnahmen der Gewerkschaften um das Fünffache gestiegen seien, er verschweigt jedoch, daß in der gleichen Zeit die Mitgliederzahl um das Achtfache gestiegen ist, nämlich von 277659 in 1891 auf 1865506 in 1907. Außerdem ist die ganze Rechnung Rheinbabens falsch und ein neuer Beweis für die Oberflächlichkeit und Unzuverlässigkeit, mit der die Arbeiterbewegung beobachtet und sodann auf Grund angeleglicher „Tatsachen“ bekämpft wird. Die Einnahmen der Gewerkschaften haben sich von 1891 tatsächlich um das 16fache, nämlich von 1116588 auf 51396784 M. erhöht.

Dieser Einnahmesteigerung steht eine entsprechende Erhöhung der Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder gegenüber. So stieg die Arbeitslosenunterstützung von 64290 M. in 1891 auf 6527577 M. in 1907, die Reize-

unterstützung von 144338 M. auf 809148 M., die Krankenunterstützung von 304648 M. in 1893 auf 3482222 M. und in gleichem Maße erfuhr die Ausgaben für die übrigen Unterstützungsweige Erhöhung. Im ganzen erhöhten sie sich von 284208 M. in 1891 auf 14006735 M. in 1907, also um das 60fache!

Die Ausgaben für die wirtschaftlichen Kämpfe schwanken sehr stark von Jahr zu Jahr in der 17jährigen Vergleichsperiode, aber sie sind von 1037789 M. in 1893 auf 13196363 M. in 1907, um das Zwölffache gestiegen. Und die Streikausgaben verschulden ja fast ausschließlich die Unternehmer, indem sie durch ihre Prozigkeit, Gewalttätigkeit und Ausbeutungstucht die Arbeiter zum Streik treiben.

Mit den Lohnkämpfen und ihren Errungenschaften sowohl als auch mit den Unterstützungen ersparen die Gewerkschaften den Gemeinden und dem Staat unberechenbare Summen, die sie andernfalls zur Unterstützung und Versorgung der verelendeten Massen aufwenden müßten. Auch im Lichte dieser Tatsachen erscheint die Wirksamkeit der Gewerkschaften als eine wahrhaft gemeinnützige, aber man kann von einem rückständigen preussischen Junker nicht verlangen, daß er diese Gemeinnützigkeit anerkennt.

Der Rechenkünstler Rheinbaben nimmt zu den ausnahmsweise richtig angenommenen 27 M. — mit den 53 Mill. Mark Gesamteinnahmen hat er zirka 2 Millionen zu viel „argumentiert“ — Jahresbeitrag eines Gewerkschafters noch 15 M. Parteibeitrag hinzu, ein Betrag, über dessen Naturgeschichte alle nähere Aufklärung fehlt, und er kommt damit auf 42 M., die ein sozialdemokratischer Arbeiter alljährlich zahlen müßte. Und nun stellt er nach dem Grundsatz: „Nur Gehirwindigkeit und keine Hererei“ den 42 M. den Betrag von 6 M. gegenüber, der durch die neuen Steuern von den Arbeitern gefordert würde. Diese Gegenüberstellung ist ein ganz unzulässiges Manöver, denn der Gewerkschaftsbeitrag wird von einer erwachsenen und verdienenden Person bezahlt, die indirekte Steuer dagegen muß für jede Person bezahlt werden und ist daher eine Kopfsteuer. So hat dann der verheiratete Gewerkschafter mit einer nur fünfköpfigen Familie eine Mehrbelastung an indirekter Steuer von 30 M. gegenüber 27 M. an Gewerkschaftsbeitrag zu tragen, also 3 M. nur an Mehrleistung mehr als an die Gewerkschaft. Nun kommt aber die Gesamtsumme an indirekten und direkten Steuern in Betracht, die allein in Vergleich mit dem Gewerkschaftsbeitrag gesetzt werden kann. Diese betragen im Reich und den Einzelstaaten nach dem Budget von 1907 7,33 Milliarden Mark, wozu noch die Milliarden kommen, die die mehr als 76000 deutschen Gemeinden an Einnahmen zu verzeichnen haben. Wir wissen nicht, wie hoch diese Einnahmen sind, nehmen wir sie nur mit 2,67 Milliarden an, um mit jener Summe auf rund 10 Milliarden zu kommen, so ergibt sich eine durchschnittliche Belastung pro Kopf der 60 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches von 166 M. oder von 830 M. für eine fünfköpfige Familie. Und nun sollen dazu die neuen Steuern von 500 Mill. Mark kommen und die durchschnittliche Kopfbelastung weiter um 6 M. vermehren. Mit den so gewonnenen 172 M. beziehungsweise 860 M. müssen Sie, Herr v. Rheinbaben, die 27 M. Gewerkschaftsbeitrag vergleichen.

Sie müssen ferner in Vergleich setzen die Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder mit denen des Staates und der Gemeinden an die Bevölkerung. Von den 2500 Millionen Mark Einnahmen des Reiches kommen den Arbeitern 51 Mill. Mark zugute im Beitrag an die Alters- und Invalidenversicherung. Was aber hat der Arbeiter vom preussischen Staat mit seinen 3,14 Milliarden Mark Einnahmen, was von den übrigen deutschen Einzelstaaten, was von den Gemeinden? Der deutsche Arbeiter hat noch nicht einmal die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichtes und der Schulbücher für seine Kinder, keine unentgeltliche Geburtshilfe, keine unentgeltliche Beerdigung, keine Arbeitslosen-, Witwen- und Waisenfürsorge, und die Kosten der Kranken- und Unfallversicherung muß er auch selber direkt und indirekt tragen. Der Staat trägt hierzu nichts bei. So fällt der Vergleich ganz unvergleichlich günstig für die Gewerkschaften aus.

Ganz im Stile des Agitationsjargon des Reichsverbandes ist die Redensart des Herrn v. Rheinbaben von den „Zwangsbeiträgen“ an die Gewerkschaft und an die Partei, und auf dem gleichen Niveau steht die wiederholte Erwärmte Bismarcksche Weisheit, die durch ihre Wiederholung durch den kleinen Epigonen nicht beweiskräftiger wird. Mit der Abwälzung der Steuern im Arbeitslohn auf den „Arbeitgeber“ ist Herr v. Rheinbaben glücklich beim Alexander Tille angekommen.

Im Reichstag hat unser Genosse Dr. Südekum die wegenen Theorien des Herrn v. Rheinbaben ins rechte Licht gerückt.

Herr v. Rheinbaben hat übrigens im Reichstagssekretär Sydow einen ebenbürtigen Kollegen, der zur Verteidigung

seines unglücklichen Steuerbuketts ebenfalls zu den verzeihesten Mitteln griff. So behauptete er, daß in Deutschland die indirekten Steuern verhältnismäßig viel niedriger seien als zum Beispiel in Frankreich; dort ständen sie im Verhältnis zu den direkten Steuern wie 1 : 1, hier aber wie 1 : 2. Herr Spahn wies demgegenüber aber nach, daß in Deutschland auf 1 M. direkter Steuer pro Kopf der Bevölkerung 2,24 M. indirekter Steuer kommen, das Verhältnis also von 1 : 3,2 sei.

Es gelten halt immer noch die Worte des seligen Ogenstierna: „Mein Sohn, du ahnst nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“

Kirche und Gewerkschaft.

(Schluß)

Es. Herrn Giesberts ward die Aufgabe zuerteilt, die Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Ansprüchen des Jesuiten Reich zu begründen. Die Aufgabe wäre sehr einfach gewesen, wenn Herr Giesberts sich dem Jesuiten, der den kirchlichen Standpunkt mit Folgerichtigkeit und Entschiedenheit vertritt, als Arbeiterführer gegenübergestellt hätte, der mit ebensolcher Folgerichtigkeit und Entschiedenheit für das Recht seiner Klasse, für das Interesse der Arbeiterschaft eintritt. Aber Herr Giesberts ist nicht nur Arbeiterführer, er ist auch ein gereiner Sohn seiner Kirche, der seinem Bischof demütigt die Hand küßt; er ist auch ein Abgeordneter derjenigen Partei, deren Stärke in dem engen Bündnis mit der Kirche besteht und die deshalb darauf hält, daß keiner ihrer Vertreter es an der einen mächtigen Bundesgenossen schuldigen Ehrerbietung fehlen läßt.

Herr Giesberts verjucht sich aus der unangenehmen Lage, in die ihn seine Doppelstellung als Arbeiterführer und Zentrumsman gebracht hat, dadurch zu retten, daß er (Königliche Volkszeitung Nr. 943 vom 2. November) erklärt: Die theologischen Auseinandersetzungen, die durch die Züricher Konferenz wieder eingeleitet hätten, seien nutzlos; an eine Verständigung zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen sei vorderhand nicht zu denken, man habe zunächst sein Augenmerk darauf zu richten, daß die Auseinandersetzung beiderseits in anständigen und ruhigen Tone geführt und daß die Debatten über katholische Sittenlehre und Autorität aus öffentlichen Versammlungen und Zeitungspolemiken ferngehalten würden.

Giesberts, der Papstere, verjucht zu kneifen. Er denkt nicht daran, die jeuitischen Annahmen bezüglich der Stellung der christlichen Gewerkschaften unter die Vorherrschaft der Kirche zurückzuweisen — weil er sie als Zentrumsman, als Katholikentagsredner, als waischlechter Ultramontaner nicht zurückweisen darf. Deshalb rückt ihm Vater Reich, der seiner Sache sicher ist, näher auf den Fels. Er stellt (Königliche Volkszeitung Nr. 948 vom 4. November) zunächst mit Bedauern fest, daß Herr Giesberts nicht auf eine Erörterung der Prinzipien eingegangen ist, dann meint er, der von Giesberts betonte wirtschaftliche Charakter der christlichen Gewerkschaften und deren Recht auf Selbstständigkeit in Führung und Organisation könne nicht bestritten werden, aber:

„Sorg und praktisch verderblich ist jene strikte Selbstständigkeit, die als „unabhängigkeit“ sich geltend machen will. Die Gewerkschaftsbewegung bleibt abhängig vom göttlichen Sittengesetz nicht nur, sondern abhängig auch von der kirchlichen Autorität, und zwar von der kirchlichen Autorität als Interpretin des göttlichen Sittengesetzes, abhängig von dem kirchlichen Hirtenamt, das vor einer Organisationsform warnen kann, die in religiös-sittlicher Hinsicht, nach dem Urteil der Träger der kirchlichen Autorität, zu Bedenken Anlaß gibt.“

Gegenüber dem Hinweis Giesberts auf die praktischen, wirtschaftlichen und materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaften bemerkt Reich, derartiges beweihe noch keineswegs, daß durch die Organisationen „keine Güter höherer Ordnung geschaffen werden können, und wenn die Interkonfessionalität sich auch auf die Grundzüge (Zurückweisung der kirchlichen Autorität) erstreckt, tatsächlich geschädigt werden müssen“.

Auch jetzt noch findet Herr Giesberts in seiner Antwort nicht den Mut einer klaren entschiedenen Meinungsäußerung; er findet es unverständlich, wie Reich zu der Meinung kommen konnte, die christlichen Gewerkschaften dehnten ihre Interkonfessionalität auch auf die Grundzüge aus oder sie beanspruchten eine Unabhängigkeit vom göttlichen Sittengesetz und der kirchlichen Autorität. Vater Reich fühlt sich überlegen genug, derartige Ausflüchte nicht gelten zu lassen, sondern auf eine klipp und klare Antwort zu dringen. Er hebt (Königliche Volkszeitung Nr. 953 vom 16. November) noch einmal hervor, worauf es ankommt. In Zürich sei gesagt worden, die christlichen Gewerkschaften hätten es mit rein wirtschaftlichen Dingen zu tun und solche gingen Papst und Bischöfe nichts an. Dann heißt es:

„Es ist die alte bekannte Beweisführung, die den Einfluß der kirchlichen Autorität auf die christliche Gewerkschaftsbewegung als unzulässig erweisen soll. Ich will hier nicht noch einmal auseinanderlegen, wie irrig diese Beweisführung ist, da das gewerkschaftliche Streben nach Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie diese Verhältnisse in sich selbst, durchaus nicht rein wirtschaftlicher Art sind, sondern auch sittlichen Rücksichten unterliegen. Herr Giesberts gibt das zu. Er wird also auch nicht bezweifeln, daß der katholische Christ sich nicht damit begnügen darf, so sagen: ich beobachte die zehn Gebote Gottes, die fünf Gebote der Kirche. Er erkennt das Recht der kirchlichen Autorität an, diese Gebote anzulegen und auf die praktischen Verhältnisse, als

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Elektrovertriebs hat die Welt mit der Nachricht überrascht, daß es zu bestehen aufgehört habe. Das unläutere Geschäftsgedehren dieser Kartellgesellschaft, der die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens & Halske-Schudert, und Felten & Guilleaume-Lahmeyer-Werke angehören, hatte die Presse vor einigen Monaten mit Zustimmung verurteilt, es ist daher von einigen Mitgliedern der Werbung, daß das Kartell wieder heimlich noch offen besteht, als ein Erfolg der Kritik begrüßt worden. Gemüht wird aber wohl niemand glauben, daß die drei Elektrizitätskongererne sich von der Verantwortlichkeit ihres Tuns überzeugen ließen und auseinandergehen, um der öffentlichen Meinung zu genügen. Wäre die Auflösung des Kartells wirklich erfolgt, was wir noch bezweifeln, so ist es dafür nur die Erklärung, daß die Differenzen zwischen den Felten & Guilleaume-Lahmeyer-Werken und den beiden anderen Gruppen die Lösung herbeigeführt haben. Noch bevor die hier mehrfach besprochene Elektrizität der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und Siemens & Halske gegründet worden war, trat die Aktiengesellschaft Felten & Guilleaume-Lahmeyer mit der Erklärung hervor, daß auch sie eine Elektrobank gründe, und zwar ohne Mitwirkung der Banken. Die Mittel sollen aus den Kreisen der Großaktionäre ausgebracht werden, in Aussicht wurde ferner eine Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen A. gestellt. Mit der Nichtbeteiligung der Felten & Guilleaume-Lahmeyer-Werke an der Elektrobank der beiden anderen Kongererne dürften sich auch innerhalb des Elektrovertriebs die Gegensätze zuspitzen haben.

Rüchlich waren auf die Ausschreibung einer Umformanlage für den Hauptbahnhof in Frankfurt a. Main die Offerten von 5 Firmen eingelaufen. Die Siemens-Schudertwerke in Berlin forderten circa 116000 A., die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft stellte ihr Angebot auf 98000 A., die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Co. in Mannheim auf 124000 A., die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Darm. W. Lahmeyer & Co. in Frankfurt a. Main auf 129000 A., die Aktien-Gesellschaft Ernst Heinich Geis in Köln auf 115300 A. Die abweichenden Forderungen der Siemenswerke, der A. E. G. und der Lahmeyer-Gesellschaft ließen den Schluß zu, daß es sich hier wieder um eine sorgfältig abgestufte Kartellofferte handelte, ein Handelsblatt gab dieser Meinung dann auch Ausdruck. Diese Gelegenheit benutzten die Siemens-Schudert-Werke zu der „Feststellung“, daß das Kartell bereits der Geschichte angehöre. Ist der Schutzvertrag mit den Lahmeyerwerken nun wirklich gelöst worden, so ist das Verhältnis der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft-Löwe-Union mit Siemens & Halske-Schudert um so intimer geworden. In der letzten Generalversammlung der A. E. G. bemerkte der Generaldirektor Rathenau, daß die Gesellschaft sich im Verein mit den Siemens-Schudert-Werken an den Vorarbeiten für die Schnellbahnprojekte beteiligt habe, das Uebereinkommen zwischen den beiden Gruppen geht nach unserer Kenntnis aber wesentlich weiter als diese Bemerkung vermuten läßt.

Dem Abschluß der A. E. G. ist der der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft gefolgt, er weiß wie der der A. E. G. ein außerordentlich günstiges Ergebnis auf. Der Reingewinn ist von 3717368 A. auf 9688263 A. gestiegen, es wird wieder eine Dividende von 11 Prozent zur Verteilung gelangen. Der Gesamtbetrag der im laufenden Jahre bisher eingegangenen Bestellungen übersteigt, wie die Verwaltung weiter mitteilt, den der gleichen Periode des Vorjahres um ein Beträchtliches, und die Werke sind bis auf einzelne Abteilungen mit Aufträgen reichlich versehen. Die Siemens-Schudert-Werke, G. m. b. H. in Berlin, haben nach den bisher veröffentlichten Abschlußziffern einen Reingewinn von 10194910 A. gegen 10168331 A. im Vorjahr erzielt. Die Abschreibungen und Rückstellungen werden dabei als reichlich bezeichnet. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurde berichtet, daß die bisher eingegangenen Bestellungen höher als die der gleichen Vorjahrszeit sind. Die Siemens-Schudert-Werke haben in den letzten Tagen die Protos G. m. b. H. mit ihrem gemeinsamen Vortrag an Werkzeugmaschinen und Werkzeugen, Robellen, Zeichnungen, an fertigen und halb fertigen Automobilen sowie einschließlich Rohmaterial sämtlich erworben. Die Protoswerke werden künftig in dem Automobilwerk am Romanpark fabriziert werden. — Die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Co. teilt mit, daß die Ausschreibung mit, daß die vorliegenden Anträge den Fabrikanten der Gesellschaft auch für das laufende Jahr volle Beschäftigung sichern. — Die Telegraphenfabrikvorm. F. Berliner in Hannover hebt in ihrem Geschäftsbericht hervor, daß trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ihr Umsatz gegenüber dem Vorjahre um circa 30 Prozent gestiegen ist. Der Brutto-Betriebsgewinn hat sich von 513941 A. auf 1161474 A. erhöht, die Abschreibungen erfolgten mit 155000 A. gegen circa 72000 A. im Vorjahre, der Reingewinn beträgt 446956 A. gegen 414534 A. im Vorjahre, die Dividende wird wieder mit 10 Prozent verteilt. Die Lantime des Hauptstadts beantragt diesmal 24758 A. gegen 13368 A. im Vorjahre, die Ausschichtungsbezüge haben sich also fast verdoppelt.

Wir haben früher eingehend dargelegt, warum hener in den großen Elektrizitätsgesellschaften sich die Folgen der Krise weniger bemerkbar machten als in anderen Industriezweigen. Wie außerordentlich hart der Konjunkturrückgang auf den meisten Gebieten ist, beweist

der letzte Nummer des Kohlenfunditats. Der rechnungsmäßige Kohlenverbrauch des Jahres machte im Oktober nur noch 50,19 Prozent der Veranschlagt aus, während sich die Menge in diesem Jahre die Quoten zwischen 60% und 63,08 Prozent bewegt hatten. Der Absatz ist mit durchschnittlich 306000 Tonnen auf einem so tiefen Stand gesunken, wie er seit November 1905 nicht zu verzeichnen war. Ferner wird konstatiert, daß die Verschärfung ungeschwächt fortdauert, zeitweise sogar noch eine Verschärfung erfahren hat. Das Schmelz hat die Höchstpreise für Hochofenkoks um 2 A., für Roßkohl um 1,25 A. pro Tonne herabgesetzt, und zwar gelten die neuen Preise ab 1. Januar 1909 bis 30. September 1909. Die Preise für die übrigen Kohlenarten werden erst vom 1. April 1909 an um 25 % bis 1 A. pro Tonne ermäßigt, die Preise für größere Kohlenarten bleiben unverändert bestehen. Kennenwerte Preisermäßigungen sind also nur für Koks gewährt worden, die wenigen anderen Erzeugnisse, die dazu erst ab 1. April Geltung erhalten, sind äußerst minimal. Die Annahme, daß die ermäßigten Koks- und Kohlenpreise der Eisenindustrie Veranlassung zu verstärkter Bezügen geben würden, hat sich nicht bestätigt. Die Lage der Eisenindustrie ist noch unglücklicher geworden. Die Kohlenpreiserhöhungen, so sagt selbst die Kölnische Zeitung, sind ungenügend, die Zurückdrängung der reinen Hochofenwerke vom Markt durch die großen gemischten Werke werde ebenso fortgesetzt werden, wie die Einzwängung der reinen Walzwerke durch dieselbe Werksgruppe. Bei einer Preisnotierung von 87,50 A. pro Tonne für vorgelegte Blöde und 25 A. Kisten für die Umwandlung der Blöde in Stabstücken ergebe sich ein Stabstückenpreis von 112,50 A., während tatsächlich ein großer Teil der Erzeugung heute bereits zu einem Preise erheblich unter 100 A. verkauft wird. Der Stahlwerksverband, der für Formeisen endlich eine Ermäßigung von 6 A. pro Tonne eintraten ließ, erklärte, eine Verbilligung des Halbzeugpreises nicht vornehmen zu können, da die Herstellungskosten für Halbzeug teilweise niedriger sind als die Selbstkosten der Werke. Diese Behauptung ist haltlos, soweit es sich um die Halbzeugpreise des Inlandes handelt, abgesehen davon, daß die Selbstkostenrechnungen der großen Mitglieder des Stahlwerksverbandes auch dadurch täuschen, daß sie die Rohmaterialien zu den Preisen berechnen, die die von ihnen beherrschten Kartelle den Abnehmern vorschreiben, während sie doch ihre Rohmaterialien selbst gewinnen. Das Ausland hat deutsches Halbzeug zu Preisen, die 25 bis 30 A. pro Tonne niedriger waren als die dem Inland auszugehenden, in großen Quantitäten erhalten. In den 10 Monaten dieses Jahres betrug der Halbzeugexport 378514 Tonnen gegen 179600 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Ueber die Gestaltung der Geschäftslage bei dem Stahlwerksverband im November verläutet, daß der Verband nur etwa 360000 Tonnen betragen habe, damit wäre wieder eine der niedrigsten Verbandsziffern erreicht. Im Vormonat belief sich der Verband auf circa 410000 Tonnen.

Die Roheisenproduktion Deutschlands im November betrug insgesamt 930738 Tonnen gegen 941582 Tonnen im Oktober 1908 und 112285 Tonnen im November 1907. Während der Monate Januar bis November stellte sich die Erzeugung auf 10796985 Tonnen gegen 11939385 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Schiffbauindustrie, die durch die Krise schon so überaus hart in Mitleidenschaft gezogen worden ist, wird durch Pläne der Großschiffahrtsgesellschaften in ihrer weiteren Entwicklung schwer bedroht. Zur Erhebung des Reedereigeschäftes macht jetzt der Generaldirektor einiger Schiffahrtslinien, Herr Johannes Kothke, den Vorschlag, den Bau neuer Schiffe zu beschränken. Er schlägt vor, daß die deutsche und englische Reederei mit einem Teil der Werften ihrer Länder und jedenfalls mit solchen, die speziell Dampfer herstellen, Abmachungen treffen soll, dahin gehend, daß diese Werften verpflichtet werden, während eines Jahres oder mehrerer Jahre nur Bauordres für verlorene oder eingegangene Schiffe anzunehmen. Für den Ausfall müßte die Gesamtheit der Reeder diese Werften durch andere Arbeitszuweisung oder Dividendengarantie entschädigen. Herr Kothke meint, daß die Werften seinen Vorschlag gern annehmen würden, der natürlich darauf hinausläuft, die Konkurrenz der Dampferreedereien zu erschöpfen. Käme ein solches Abkommen zwischen den großen Schiffahrtsgesellschaften und den Werften zustande, dann wären die beteiligten Arbeiter, die sich der Arbeitslosigkeit weiter beraubt sehen, allein die Leidtragenden.

Die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp in Essen hat ihren Jahresbericht veröffentlicht, nach dem der Reingewinn sich auf 1858952 A. beläuft gegen 2505295 A. im Vorjahre. Die diesjährige Dividende wurde auf 8 Prozent festgesetzt, während sie im Vorjahre 10 Prozent betragen hatte. Daß der Konjunkturrückgang auf die Kruppischen Unternehmungen nicht ohne Einfluß geblieben würde, war wohl anzunehmen, doch ob der Rückgang des Gewinnes wirklich den Umfang angenommen hat, den die veröffentlichten Bilanzahlen ergeben, ist fraglich, doch sehr schwer zu beurteilen, denn es fehlen alle detaillierten Angaben, so über Umsatz, Produktion, Erweiterungen, Erweiterungen, vor allem enthält die Firma die Höhe der Abschreibungen der Deffektivität vor. In der letzten Zeit verlaute mehrfach von erneuten Arbeits-einsparungen in den Kruppischen Betrieben.

auch auf die gewerkschaftlichen Bestrebungen, anzuwenden. Müßte aber der Herr Abgeordnete mir überdies gehalten, noch auf ein weiteres, in unserer Frage hochbedeutendes Stück der kirchlichen Autorität hinzuweisen! Es liegt dem kirchlichen Hirtenamt zu, vor Organisationen zu warnen, welche entweder von der rechten Bahn in weltanschaulicher Hinsicht abgewichen sind, oder, nach dem Urteil der Träger des kirchlichen Hirtenamtes, wiederum in weltanschaulicher Hinsicht, die nötigen Garantien nicht oder nicht mehr bieten. Das ist keine Frage rein wirtschaftlicher, sondern eine Frage weltanschaulicher Art. Durch all dieses beansprucht die kirchliche Autorität für sich oder ihre Organe keineswegs die direkte und positive Leitung und Verantwortung in Verbänden, die einen wirtschaftlichen Charakter haben, mischt sich nicht in Spezialfragen der inneren Organisationswesen ein, übernimmt keine Verantwortung für deren Bestätigung, beschränkt sich vielmehr auf die ihr Kraft des Hirtenamtes zustehende weltanschauliche Leitung der katholischen Christen.

Wenn nun, so meint Pösch, die christlichen Gewerkschaften diese „stärkeren Grundzüge“ anerkennen wollen, dann müssen sie die in ihrer ausgesprochenen Abweilung der päpstlichen und bischöflichen Autorität als prinzipiell unhaltbar und verwerflich anerkennen, dann müssen sie die kirchliche These nicht bloß der Form nach bedauern, sondern auch ihrem Inhalt nach klipp und klar zurücknehmen. Endlich erfuhr er die christlichen Gewerkschaften, sie müßten darauf verzichten, die Interkonfessionalität als das einzig richtige in der Organisationsfrage zu betrachten. Das seien die beiden Vorbedingungen zu einer Beseitigung der sozialen Spaltung im katholischen Deutschland.

In einem sechs Spalten langen Artikel (Kölnische Volkszeitung Nr. 1020 vom 28. November) bemüht sich nun Herr Giesberts zunächst um den Nachweis, was die christlichen Gewerkschaften alles für die Festigung und Verbreitung der katholischen Überzeugung unter den Arbeitern getan hätten; wie in dieser Beziehung sich die Verhältnisse geändert hätten, davon könne sich nur der einen Begriff machen, der die bedauernswerte Lage der christlichen Arbeiter gegenüber der sozialdemokratischen Agitation in früheren Zeiten gelindert habe. Die antisozialistische Propaganda ist nach Herrn Giesberts offenbar ein „Verdienst“ der christlichen Gewerkschaften, das vieles andere, was sie in den Augen der Bischöfe verdächtig macht, wieder ausgleichen soll. Im übrigen läßt die Erwiderung Giesberts erkennen, daß er im Grunde mit dem Jesuiten ein Herz und eine Seele ist und nur Bedenken trägt, es offen auszusprechen. Er sagt nicht, daß die christlichen Gewerkschaften sich unter die Vormundschaft der Kirche stellen sollen, aber er hat das „Vertrauen zu den hochw. bischöflichen Behörden, daß sie Mittel und Wege finden würden, die katholischen Arbeiter an ihre Pflichten zu erinnern, wenn die christlichen Gewerkschaften Leiden zeigen, die gegen die Glaubens- und Sittenlehre unserer heiligen katholischen Kirche verstoßen“.

Herr Giesberts hält es auch nicht für nötig, daß die christlichen Gewerkschaften die „Kirchliche These“ zurücknehmen, denn, wie er sagt, gibt es eine solche „These“ (Vehrsatz, Erklärung, Beschluß) gar nicht, es habe sich in Zürich nur um eine „unverbindliche Aussprache“ gehandelt, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen sei; im übrigen seien die „geringsten Aufzungen einiger Redner“ bereits öffentlich bedauert und zurückgenommen worden.

Herr Giesberts läßt auch bezüglich der Interkonfessionalität mit sich reden. Die christlichen Gewerkschaften haben aus der Interkonfessionalität, so erklärt er, nie ein „ideales Prinzip“ gemacht, sie ist ihnen in der Gewerkschaftsbewegung eine Frage der Zweckmäßigkeit, des praktischen Erfolges — wie man ja auch weiß, daß die christlichen Gewerkschaftsführer in der Dienstboten- und Landarbeiterfrage die Interkonfessionalität der Organisation selber schon preisgegeben haben.

Man sieht: der Herr Jesuit, der die Interessen der Kirche vertritt, und der Arbeiterführer, der die Interessen der Arbeiter vertritt, sollte sich im Grunde eins. Herr Giesberts drückt sich zwar an einer klipp und klaren Stellungnahme vorbei, denn er weiß, ein großer Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften denkt anders, namentlich würden sich die evangelischen Mitglieder davon bedauern, einer Organisation anzugehören, die sich offen und ehrlich unter die Vormundschaft der römisch-katholischen Bischöfe stellt. Deshalb sieht auch das Generalsekretariat oder der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften davon ab, hier ein einschneidendes Wort zu sprechen; Herr Giesberts, der sich als Diplomat fählt, weiß genau, um unter einem Schuß von Redensarten, von denen die eine die andere zerfingert, den christlichen Arbeitern gegenüber die Gewerkschaftsorganisation zu stellen, und andererseits dem jesuitischen Vertreter der bischöflichen Autorität zu versichern, daß sie im Grunde einer Meinung seien.

Diese neue Auseinandersetzung beweist wieder einmal, was es mit der „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ der christlichen Gewerkschaften auf sich hat. Sie sind die ergebenen Diener des Patriarchen und der römischen Kirche, der beiden Stützen des Sozialismus, der beiden Hauptstützen der klassenbewußten Arbeiterbewegung.

Zum Verständnis der Medaillenkunst.

Von Joseph Aug. Ort (Wien).

Das Verständnis für die Kunst in der Medaille mag von dem Verstande der technischen Fertigkeit ausgehen, wenn man den Weg zur Aufschlüsselung der künstlerischen Qualitäten suchen will. Die Medaille — das Kunstwerk — jeder Prägung ist der Prägung (Kunstwerk, Prägung). Derselbe ist ein Werk, welches, falls es nicht anders geartet ist, aus einem einzigen, einem Götzen oder aus mehreren miteinander verbundenen Götzen, aus denen eine Seite der Medaille — die Reverso — so angeordnet ist, daß dieselbe durch Erhebung oder Vertiefung auf einer anderen kleineren Medaille leicht übertragen werden kann.

Die Qualität der Medaille hängt von der Art der Prägung ab. Die Medaille ist ein Werk, welches, falls es nicht anders geartet ist, aus einem einzigen, einem Götzen oder aus mehreren miteinander verbundenen Götzen, aus denen eine Seite der Medaille — die Reverso — so angeordnet ist, daß dieselbe durch Erhebung oder Vertiefung auf einer anderen kleineren Medaille leicht übertragen werden kann.

Folge, den wir auch sehr oft an den Münzen jener Zeit wahrnehmen. Namentlich die Herstellung großer Münzen oder plattierter Medallen hat mit Schwierigkeiten verbunden und erfordert eine gewisse Requisition. Bei solcher Prägungsmöglichkeit mußten dann verschiedene Schritte zur Verbesserung kommen, so namentlich das Erhöhen der Erhebung und Prägen in heißen Zustand, oder auch, namentlich bei sehr plattierten Medallen, das Erhöhen des heißen Metallstückes mittels der mit Leinwand ausgelegten Stampel. Die jetzigen hergestellten Medallen heißen Götzenmedallen. Auch der Götzenstempel hat seine Geschichte. In älteren Zeiten wurde die Götzenprägung meist durch ein Götzenstück hergestellt, das eingegraben war, dann mit dem Götzenstück gestempelt, der Götzenstempel wurde als Prägungsmittel hergestellt. Zur Götzenmedaille werden die Medalle meist in Spritzen oder Holz erhaben hergestellt, dann eingegraben und das Metall eingegossen. In späterer Zeit finden wir jedoch in Holz hergestellte Medalle, nach welchen entweder in Metall die Reverso (Zurückseite) graviert und nach ihrer Herstellung jeder zum Prägen verwendet werden, oder es wurde nach dem Metall eine Salze (Kopie) geschmitten, welche, nach ihrer Herstellung, durch das Erhebungverfahren in heißen Stahl eingegraben, zur Erzeugung weiterer Prägungsmittel diente. Dieses Verfahren wird bis heute geübt, namentlich in der Ueberragungsart, benützt und verbessert.

Die guten und künstlerischen Medallen sind unerschöpflich, nur auf die Art zu achten, daß der Künstler den Stempel selbst in Originalgröße geschmitten hat, wie es in den älteren und ältesten Zeiten der Fall war. Eine jetzigen hergestellte Medaille war in dem Sinne Originalstempel, wie es heute die von dem Künstler selbst auf die Erde entworfenen Originalstempel sind. Die Medallen haben in der neueren Zeit ihre Popularität eingebüßt. Das ist ganz begründet, denn sie haben sich aus demselben ihre künstlerische

und technische Originalität verloren und die geringe Schätzung der heutigen Prägungen haben darin ihre Ursache. Der heutige Medaillenkünstler schneidet den Stempel nicht mehr selbst. Er kopiert seine Medallen in großem Format in Wachs und läßt sie durch die sogenannte Reduktionsmaschine in verkleinerten Maßstäbe mechanisch auf den Stempel auftragen; sie ist nicht mehr Originalwert, sondern eine mechanische Reproduktion. Sie hat alles Handgemachte verloren. Sie ist zu jenen glatten, kleinlichen und unanschaulichen Massenprodukten geworden und verliert in der Regel die Geringfügigkeit, die sie heute findet. Der Vergleich einer alten Medaille mit dem, was neuerdings gemacht wurde, wird den Unterschied klar machen. Die Wiederbelebung der Liebe zur Medaillenkunst hängt nur davon ab, daß einmal wieder ein Künstler kommt, der nicht, wie dies heute allgemein geschieht, Reproduktionen im verkleinerten Maßstab liefert, sondern echte Medallen schneidet, wie sie früher entstanden sind.

Die jüngst bei verschiedenen Anlässen verteilten Medallen sind leider nicht geeignet, das Verständnis und die Liebe für die Medaillenkunst zu wecken. Die heutigen Medallen sind süßliches Produkt der Reproduktionsmaschine, unansehnlich in der äußeren Form und durchaus konventionell in der Zeichnung. Um die figurale Darstellung genau zu sehen, müßte man sich der Lupe bedienen, eine Kleinlichkeit der Ausführung, die beim Medaillenkünstler in der Originalgröße niemals vorkommen könnte. Alles Handgemachte fehlt. Neben dem technischen Moment ist es die künstlerische Forderung, daß sie dem Geist der eigenen Zeit Ausdruck gibt, wie es etwa der Holzstempel oder die Radierung tun, die der Medaille künstlerisch verleiht, Symbol und künstlerisches Spiegelbild der geistigen Physiognomie der jeweiligen Gegenwart bilden.

Wiederholungsfrage. Hier soll von einigen Anklagten Kreppler sein Name genannt werden sein, als er sich bei der Arbeit, wie er geschlagen worden sein. Kreppler, der sich bei Kreppler befindet, gab vier Schüsse in die Richtung ab. Die vier Anklagten verletzten, wobei aber einer die Richtung auf den Angeklagten Körner hatte — mit den Worten ab: „Ein Schuß eine Verletzung.“ Nach dem Schießen der Schüsse entstand eine Erregung, die sowohl führte, daß der Angeklagte Kreppler verprügelt wurde und sein Rad einem Defekt erlitt. Der Fabrikantensohn Kütz hatte nach Abgabe der Schüsse das Gasenpöcher ergriffen. Kreppler ist dann auf der Straße und danach auf einer Wiese, auf die er gedrängt wurde, geschlagen worden. Die erhaltenen Verletzungen hatten eine Arbeitsunfähigkeit von vier Tagen zur Folge.

Von den Angeklagten, die eine längere Zeit in Untersuchung sitzen, geben Fischer, Käufer, Solger und Hecker zu, den Kreppler geschlagen zu haben. Fischer sagt aus, daß an dem Rad von Käufer oder Körner gezerrt worden sei, daß dann Kreppler unter dem Rufe: „Ein Schuß eine Verletzung“ fiel und daß von Solger mit dem Schlosse des Leibriemens die Fahrradlaternen ausgeschlagen worden ist. Nun seien alle über Kreppler hergefallen. Hecker schlug mit einem Schlüssel. Im Gewerkschaftshaus haben sich Käufer, der Blut an den Händen hatte, Körner und Simon, der Kütz einen Schlag auf den Arm gegeben haben soll, so daß der zweite Schuß zu Boden ging, ihrer Beteiligung gerührt: „Ich selber verlor sich mit Simon und Solger den flüchtigen Kütz.“ Käufer gibt zu, einen auf der Wiese liegenden Menschen mit dem Fuße getreten zu haben. Solger erklärt, Kreppler nur einen Schlag mit dem Leibriemen gegeben und dann an der Verfolgung des Kütz teilgenommen zu haben. Hecker gibt zu, 4 bis 6 mal angeschlagen zu haben, er erklärt, daß Käufer und Solger auch geschlagen haben. Nach Schluß der Vernehmung der Angeklagten ließ der Geschworene Bruno Barth aus Verweis stellen, ob die sämtlichen Angeklagten Mitglieder des Verbandes seien. (!)

Von den über 30 geladenen Zeugen wird zuerst der Formmeister Wost vernommen. Er sagt nichts wesentliches aus. — Zeuge Oberbachmeister Prusche stellt dem Angeklagten Körner, der 7 Jahre an der Bahn als Streckenarbeiter beschäftigt war, ein gutes Zeugnis aus. — Die Zeugen Buchhalter Schöne und Formmeister Christ machen unwesentliche Angaben. — Der Zeuge Bahnhofsdiener Gräß kündigt, daß der Angeklagte Strohm am Tage eines schwarzen Gehirns und am Abend, als er in der Bahnhofsverwaltung gewesen sei, einen schlechteren Anzug angehabt habe, und daß der Angeklagte Körner ein durchaus ehrenwerter Mann sei. — Vom Wägenbesitzer Höffelbarth wird bezeugt, daß er erst 4 Schüsse fielen, dann hörte er Schläge, die klangen, als ob gegen ein Fahrrad geschlagen wurde. Es war dunkel, er stand etwa 50 Schritt entfernt und sah die Lampe nach dem 4. Schuß noch brennen. — Der Landbriefträger Schöbling bezeugt, von den Schüssen aus seinem Schlaf geweckt worden zu sein, als er aufgestanden sei, habe er gesehen, daß unten geschlagen wurde, daß die Schlagenden zurück traten und durch andere ersetzt wurden. Auf Anfrage des Verteidigers bezeugt der Zeuge, daß die nächste Laterne ziemlich entfernt von seiner Wohnung ist. — Der Arbeitswillige Kreppler bezeugt als Zeuge: „Ich kam am 19. März nach Zeulroda und wurde vom Formmeister Wost abgeholt. Von Dehner, der mich aus Erfurt kannte, wurde mir zugerufen: Na, du bist hier gerade noch.“ Ein Streikender trat an mich heran und fragte in höflicher Weise, ob er mir den Koffer tragen solle. Am 22. März habe ich einen arbeitswilligen Formler geholt. Als wir, Kütz und ich, im Keußischen Hof eintraten, wurde von den Streikenden geschrien, es wurde von dem reichen alten Onkel (dies ist der Firmeninhaber, der das Geld zur Aufrechterhaltung des Betriebes liefert. D. B.) gesprochen. Am 29. März kam ich von der Vernehmung meines Kindes nach Zeulroda zurück. Ich hatte mein Fahrrad und führte es. Ich ging links, Kütz links oder rechts neben meinem Rad. Vom Keußischen Hof bis zum Fischerischen Hause wurde wiederholt an meinem Rad gezerrt. Als ich mich umdrehte, habe ich Solger, Körner und die übrigen Angeklagten außer Fischer erkannt. Ich sah, daß Solger seinen Leibriemen abjankelte. Kütz schob, ehe er geschlagen wurde. Als der Schuß gefallen war, der in einem Winkel von 45 Grad fiel, wollte ich flüchten, wurde aber zu Boden gerissen. Ich sprang wieder auf und wurde nun nach links in den Graben gedrängt, hierbei fiel ich in den Graben. Nun fiel alles über mich her, hierbei verlor ich mein Fahrrad. Ich kam noch einmal hoch, nun wurde ich auf die Wiese gedrängt und niedergeschlagen, auch schlug man mir 3 Zähne ein. Es rief jemand: „Dum, du mußt verrotten,“ den Käufer habe ich an der Stimme erkannt. Simon habe ich erkannt, ob Körner geschlagen hat, habe ich nicht gesehen. Von Hecker geschlagen hat, habe ich einen Stich. Beim Aussteigen bin ich über den Stacheldraht gefallen und nun wurde mit einem scharfen Gegenstand auf mich geschlagen. Ob Strohm rief: „Schlagt ihn tot, macht ihn kalt“, kann ich nicht sagen. (Auf Befragen der Verteidigung erklärt der Zeuge ausdrücklich, die Schüsse wurden zuerst abgegeben und dann wurde geschlagen.) Ich sah, wie Kütz ausritt und Fischer ihm nachlief. Als ich wieder zu mir kam, erhob ich mich vom Stacheldraht und ging nach dem Keußischen Hof. Von da bin ich mit Philipp Stumm nach der Wiese gegangen, um mein Rad zu suchen. Wir fanden es zertrümmert vor. Es kann unabhängig beim Fallen entzweit gegangen sein.“

Rechtsanwalt Landsberg (Magdeburg) hält Kreppler aus den Akten vor, daß er bei seiner Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft am 8. April ausgesagt habe: „Ich kann nicht bestimmen angeben, wer sich an der Schlägerei beteiligt hat, es war an jenem Abend so finstern, daß man niemand erkennen konnte.“ Kreppler kann den Widerspruch nicht auflösen. Weiter hat er bei früheren Aussagen behauptet, er habe den Angeklagten Strohm (trotz der Dunkelheit) an seinem grünen Hut erkannt. Verschiedene Angaben kann er nicht aufrecht erhalten. Wer das Rad demoliert hat, kann er nicht angeben.

Rechtsanwalt Landsberg fragt den Zeugen, ob ihm bei der Schießerei ein Reifen zerstoßen wurde, und ob dadurch ein Skandal erzeugt worden sei. Der Zeuge weiß von einem solchen Vorkommnis nichts. Auch das er die Angeklagten Käufer und Strohm am Anzug und helfen soll erkannt haben will, kann er nicht näher erläutern. Kreppler verweigert sich immer mehr in Widersprüche während er erst behauptete, alle Angeklagten, außer Strohm, erkannt zu haben, kann er nun noch Käufer bestimmt bezeichnen.

Zeuge Kütz, der Sohn des Firmeninhabers, 19 oder 20 Jahre alt, bezeugt: Es waren Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen, über den Betrieb wurde die Sperre verhängt. (Der Vorstand des Verbandes hat die Sperre nicht verhängt und auch nicht publiziert. D. B.) Die Arbeiter wollten den Revers nicht unterzeichnen und haben die Arbeit eingestellt. Zeuge schildert dann den Vorfall am Bahnhof und erklärt, daß auf dem Wege von der Bahn Strohm den Fischer angepöbeln hat. Am Fischerischen Hause, das ein Stück von der Bahn weg liegt, bekam ich einen Schlag mit der Hand ins Gesicht. Ich war 6 Schritte von den übrigen entfernt und habe mit einem scharfen Gegenstand nach hinten Scherschüsse in der Richtung nach der Menschenmenge abgegeben. (Kütz muß zeigen, wie er den Revolver gehalten hat, aus der Haltung der Handstellung geht hervor, daß er nicht in die Luft, sondern fast horizontal geschossen hat.) Beim ersten Schuß war Körner am Rad. Den Revolver habe ich nur zur Verteidigung mitgenommen, angreifen wollte ich nicht. — Buchmacherin Slotta bezeugt: Am Fischerischen Hause sah ich, daß die Laterne des Gehirns nach brannte und daß Fischer mit einem blinkenden Gegenstand schlug, andere als Fischer sah ich nicht schlagen. Die Schüsse hörte ich vorher krachen, ehe ich am Fischerischen Hause war, sie sind gefallen, als die Laterne noch brannte. — Zeuge Stumm bezeugt, daß sein Landsmann Fischer vor dem Vorfall ihm erklärt habe: „Ich habe heute

noch was vor.“ — Zeuge Buchmacherin Slotta bezeugt, daß Strohm am Abend nach der Tat im Reußischen Hof gesagt habe: „Das ist wieder einmal eine Schießerei gewesen, dem Bauer ich das zu.“ — Zeuge Gräß bezeugt: — Die Schüsse wurden von Kreppler und Strohm abgegeben. Die Schüsse wurden am Bahnhof und fast alle oberhalb des Fischerischen Hauses abgefeuert. Wo er während der Schlägerei am Fischerischen Hause war, können die Zeugen nicht angeben. Eine Zeugin will ihn auch am Fischerischen Hause gesehen haben. — Zeuge Schumann Gröbner (Zeulroda) bezeugt: Mir wurde am selben Abend von Herrn Höffelbarth Mitteilung gemacht, daß dort eine Schießerei gewesen sei. Als ich zum Bureau ging, hatte Kütz den Vorfall auch schon telefonisch berichtet. Ich begab mich nach dem Kontor von Somborg & Kütz, Kreppler saß auf einem Stuhl und blutete, er sagte mir, Fischer sei der Mittäter, später wurden Käufer und Hecker als die Schläger bezeichnet und Solger sollte auch geschlagen haben.

Da einige Zeugen unverdächtig vernommen werden, stehen sich die Richter zur Beschlußfassung über die Verurteilung zur. Nach Gerichtsbeschluss wird bei einigen die Verurteilung wegen Verdachts der Mittäterschaft abgelehnt.

Der Sachverständige Kreisphysikus Dr. Roth bezeugt über die Verletzungen folgendes: Als ich gerufen wurde, sah Kreppler im Wohnhaus der Firma Somborg & Kütz, arbeitsunfähig war Kreppler nur vier Tage. Der Befund der Wunden war folgender: 1. Eine 3 bis 4 Zentimeter lange Wunde, die bis auf die Knochenhaut ging; 2. eine 1 Zentimeter lange Querverwundung; 3. zwei leichte Schnitte; 4. einen 1/2 Zentimeter langen Riß; 5. einen Defekt an zwei Zahnröhren. Weitere Verletzungen sah ich nicht. Eine gründliche Untersuchung nahm ich nicht vor, weil Kreppler selbst kein Gewicht darauf legte und ich die Wunden für die Folgen einer gewöhnlichen Schlägerei hielt. Auf Befragen der Verteidigung bezeugt der Sachverständige, daß er nicht angeben kann, ob die Verwundungen von dem Schloß des Klems oder von der Fahrradlaterne herrühren. Ob der Leibriemen mit dem Schloß eine gefährliche Waffe sei, lasse sich nicht bestimmen, da hierbei die Wucht des Schläges berücksichtigt werden müßte. Die Fahrradlaterne sei kein gefährliches Werkzeug. Der Sachverständige bezeugt weiter: „Auch durch das Krepplerschloß können Wunden entstehen, wie sie der Angeklagte am Kopfe gehabt hat.“ Der Sachverständige sagt sein Gutachten dahin zusammen: Folgen der Verletzungen sind nicht zurückgeblieben, die Verletzungen sind keine lebensgefährlichen gewesen, die Wunden konnten keine Verblutungen, selbst wenn die Schlagader getroffen worden wäre, zur Folge haben, die Zähne sind auch wieder gesund.“

Der Gerichtshof formuliert die den Geschworenen zu unterbreitenden Fragen wie folgt: 1. Hat der Angeklagte ... am 29. März in Zeulroda an einer öffentlichen Zusammenrottung, welche mit vereinten Kräften an Personen Gewalttätigkeiten verübte, teilgenommen? 1. a. in Falle der Bejahung der Frage 1. Hat der Angeklagte ... selbst Gewalttätigkeiten begangen?

Von der Verteidigung werden noch folgende Nebenfragen gestellt: 1. b. in Falle der Verneinung der Frage 1: Ist der Angeklagte ... schuldig, vorzüglich einen anderen körperlich mißhandelt und diese Körperverletzung gemeinsam begangen zu haben? 2. Sind mildere Umstände vorhanden?

Der Staatsanwalt Möwe erwidert die Geschworenen, die Frage 1 mit ja zu beantworten, da es sich um schweren Landfriedensbruch handle und auch bei den Rädelsführern die Nebenfrage 1. a. zu bejahen. Zur Begründung werden die in der Anklageschrift zusammengetragenen Einzelheiten, die als einzeln nicht als bewiesen betrachtet werden können, verwendet. Das Wechseln des besten Sonntagsganges mit einem minder guten Anzug wird als Vorbereitung zu Gewalttätigkeiten bezeichnet, er, der Staatsanwalt, habe noch keinen Menschen kennen gelernt, der nach einem Spaziergange seinen Anzug wechselte und dann wieder ausging. Das Zerren an dem Rad und das in die Spatenwieder bei Kütz betrachtet der Staatsanwalt als genügenden Grund zur Nothwehr und findet es verständlich und gerecht, daß Zeuge Kütz in eine Menschenmenge scharf hineingeschossen. In diesem Falle sei eine Menschenmenge, die den öffentlichen Frieden störte, vorhanden gewesen, es liege eine Zusammenrottung vor, die Angeklagten hätten gemeinsam gemittelt und Gewalttätigkeiten verübt. Diese gemeinsamen Mißhandlungen seien sogar identisch mit Nordversuch. Der Staatsanwalt beruft sich in seiner Begründung der Anklage mehrmals auf die Aussagen des Angeklagten Fischer, dem es zu danken sei, daß Licht in die Sache gekommen. Vor der Annahme der Frage nach der einfachen Körperverletzung warnt er die Geschworenen, weil dann die sämtlichen Angeklagten mangel eines Strafmaßes freilassen müßten.

Rechtsanwalt Landsberg begnügt sich Plädoyer mit dem Appell an die Geschworenen, etwaige Anipathien gegen die Angeklagten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verband auszuwählen und erwidert, die Verhältnisse zu berücksichtigen, in die Angeklagten durch den Zufall der Geburt gestellt wurden. Des ferneren schildert er die trostlose Perspektive des modernen Proletariats und die einzige Möglichkeit, sich aus den schlechten Verhältnissen herauszuarbeiten, vor den Folgen der Krisen u. s. w. zu schützen: das Koalitionsrecht. Alle Bevölkerungsklassen, alle Berufsstände seien heute organisiert und der Anfang zu diesen Organisationen sei in der besseren Gesellschaft gemacht worden. Bei den Metzgereien sei man mit den stärksten Mitteln gegen Streikbrecher vorgegangen. Auch die Angeklagten hätten selbstverständlich eine erhebliche Anipathie gegen den „Arbeitswilligen“ Kreppler gehabt, dessen Spezialität der Streikbruch im Umherziehen sei. Wenn man die Ausschreitungen einiger der Streikenden auch mißbilligen müsse, könne man sie aber doch verstehen. Die Angeklagten, die in der Wahl ihrer Eltern nicht vorzüglich genug gewesen seien, hätten eben nicht die notwendige Erziehung genossen, um sich hemeistern zu können. Er wünschte keinem der Geschworenen, daß er einmal vor einem Richterkollegium stehe, von dem wie von einer Wand vor dem Vorurteil alles Segel abpralle. Die Merkmale des Landfriedensbruchs seien in keiner Weise vorhanden. Wenn aus dem fraglichen Vorgang ein Landfriedensbruch gemacht werde, dann könne und müsse dies bei jeder öffentlichen Schlägerei geschehen, weil dort genau dasselbe geschehe wie in diesem Falle. Der Geschworene habe auch nicht gewollt, daß eine blühige Schlägerei in einem geschlossenen Lokal leicht und eine Schlägerei auf offener Straße nach den schwersten Strafen belegt werde. Die wenn auch geschlossene Zahl von Angeklagten stellen nun und nimmer eine Zusammenrottung dar, die zum Landfriedensbruch gestempelt werden könnte. Sie Zuschauer sind nicht mit zu dem erforderlichen Mißgelingen zu rechnen. Auch würde es dem Kreppler sehr schlecht gegangen sein, wenn alles das geschehen wäre, was der Staatsanwalt angedeutet habe. Die Verletzungen seien im Gegenteil sehr milderer Natur gewesen, Verletzungen, wie sie bei jeder Polzerei vorkommen. Wenn auch Leute aus dem Schloß geschreckt worden seien, so seien daran die von Kütz abgegebenen Schüsse schuld gewesen und nicht die Angeklagten. Dann hätten sich die Vorgänge mit einer derartigen Schnelligkeit abgepielt, daß den Angeklagten nicht die Zeit zu ersten Erwidigungen geblieben sei. Rechtsanwalt Landsberg wies in seiner 1/2 stündigen Verteidigungsrede, nachdem er die Ausführungen des Staatsanwalts zerplüßigt hatte, darauf hin, daß es nicht so liege, wie der Staatsanwalt sage, daß bei der Verneinung der Frage auf Landfriedensbruch die Angeklagten freigesprochen werden müßten, weil ein Strafmaß für Körperverletzung nicht gestellt sei, sondern bei Bejahung der von der Verteidigung gestellten Fragen hätten die Angeklagten immer noch eine Strafe bis zu 5 Jahren Gefängnis zu erwarten. Nur noch im Justizhaus wären sie dann gerettet. Er könne nicht annehmen, daß die Geschworenen durch die Beweisaufnahme zu der Überzeugung gekommen seien, daß die Angeklagten ins Justizhaus ge-

hört. Sie in der Beweisaufnahme gemachten Behauptungen (von außerordentlich abweichend, auf keinen Fall läßt sich aber bezweifeln, daß erst nach den erfolgten Mißhandlungen geschossen worden sei. Es sei vielmehr durch einzuweisende Zeugen nachgewiesen worden, daß die Schießerei Ursache zu den weiteren Handlungen war. Es könne auch nur einer der Angeklagten bestimmt als Täter bezeichnet werden. Die Verurteilungen der Angeklagten durch den Hauptangeklagten Fischer seien sehr vorläufig aufzunehmen. Fischer sei sehr ihr Käufer gewesen, sei also auch nicht glaubwürdig. Die dem stärker wegen seiner durchgeschlagenen Wiese gemachten Vermutungen seien ganz unwahrscheinlich. Er habe durch seine Zustimmung für sich machen wollen, sondern sei lediglich seinem in der Einzelhaft verurteilten Mißhandlungsbedürfnis gefolgt. Auch gegen Strohm sei nichts Strafbares nachzuweisen. Zum Schluß erwiderte die Geschworenen, die Frage 1. und die Nebenfrage 1. a. zu verneinen und die Nebenfrage 1. b. und die Frage 2. zu bejahen.

Rechtsanwalt Degenkolb (Wera) wandte sich ebenfalls in längeren Ausführungen mit dem Ersuchen um mildeste Beurteilung des Falles an die Geschworenen. Es könne weder eine Vorbereitung zu Gewalttätigkeiten, noch eine Menschenzusammenrottung zum Zwecke der Ausführung von Gewalttätigkeiten angenommen werden. Wenn die Angeklagten in größerer Anzahl nach dem Bahnhof gingen, seien sie nach dem Gesetz dazu berechtigt gewesen. Es sei auch Käufer als Streikposten von Arbeitswilligen überfallen und mißhandelt worden und Werksführer Vost habe dem Streikposten mit Erschießen gedroht. Die Streikenden müßten deshalb, wenn sie ihren Zweck erreichen und die angeklagten Arbeitswilligen zu sich herüberziehen wollten, in größerer Anzahl nach dem Bahnhof gehen. Daraus könne aber nicht der Tatbestand des Landfriedensbruchs konstruiert werden. Die spärlichen Beweismittel reichten im höchsten Maße aus für eine Verurteilung wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, insbesondere deshalb, weil der Hauptzeuge Kreppler nicht eine Person sei, die besonderes Vertrauen verdiene. Auch die Frage nach milderen Umständen liege einfach. Die Streikenden waren mit Recht über das störende Eingreifen der Streikbrecher erbittert. Die Firma Kütz selbst habe sich wenig taktvoll benommen; ein Mann, der über ein Jahr zur Zufriedenheit im Geschäft gearbeitet habe, sei plötzlich, angeblich wegen Unfähigkeit, entlassen worden. Die äußersten Konsequenzen seien durch Kütz verurteilt worden, der ohne etwa in Nothwehr zu handeln auf die Angeklagten mit einer gefährlichen Waffe geschossen habe. Kütz selbst habe gesagt: wenn ich einen getroffen hätte, wäre er tot gewesen. Die Erregung und Wut der Angeklagten sei daher wohl zu verstehen gewesen. Auf alle Fälle müsse bedacht werden, daß die Verwundungen geringfügig gewesen seien, daß sich aber die Angeklagten bereits seit acht Monaten in Untersuchungshaft befänden, und dadurch schon genug gestraft seien. Zum Schluß mahnte auch er, ja politische Motive aus den Verhandlungen und bei dem Wahrspruch fernzuhalten.

Staatsanwalt Möwe replizierte auf die Ausführungen der Verteidiger, er bleibe dabei, es sei eine Zusammenrottung zu dem Zwecke, Gewalttätigkeiten zu begehen, als vorliegend zu erachten. Die Tatsache, daß Kütz gleich anfangs „Scherschüsse“ abgegeben habe, spreche dafür, daß die Angegriffenen Gewalttätigkeiten befürchtet hätten. In der Verhandlung habe sich nicht nachweisen lassen, daß eine Verurteilung der Angeklagten, gerade die Tatsache spreche aber für Landfriedensbruch und nicht für gemeinschaftliche Körperverletzung. Es müsse auch bedacht werden, welche Aufregung in Zeulroda durch den Vorfall erzeugt worden sei. (Soll wohl heißen: Aufregung, die durch die maßlose Schere der Reichsverbandsspreche erzeugt wurde. D. B.) Wenn der Zeuge Kreppler bei seiner ersten Vernehmung weniger als bei der zweiten ausgesagt habe, dann sei das eine Schuld der Staatsanwaltschaft, die bei der ersten Vernehmung nicht genug Fragen gestellt habe.

Rechtsanwalt Landsberg erwiderte: Als der Herr Staatsanwalt von Greiz nach Zeulroda gefahren sei, habe er sicher zuerst nach den Zeugen gefragt, Kreppler aber habe ihm keine Person bezeichnen können. In längeren Ausführungen geht er nochmals auf den Begriff eines Landfriedensbruchs ein.

Rechtsanwalt Degenkolb weist auf die außerordentliche Lächerlichkeit der vorliegenden Indizien hin. Es sei in den ersten Vernehmungen alles aufgebaut, in den Verhandlungen aber wenig aufrecht erhalten worden. Die bei Kreppler zurückgebliebenen Folgen seien ja geringfügiger Natur, daß, wenn die Staatsanwaltschaft nicht tatsächlich eine Zusammenrottung beziehungsweise Landfriedensbruch angenommen hätte, die Angelegenheit vor dem Schöffengericht verhandelt worden und vielleicht Geldstrafen von 6 bis 9 Mark verhängt worden wären.

Die Geschworenen verneinen die Frage nach Landfriedensbruch, bejahen aber die Frage nach gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Ausnahme Angeklagten Simon, bezüglich dessen die Schuldfrage verneint wird, bezüglich Fischer, Käufer und Strohm wurden mildere Umstände verneint, bei den übrigen 3 Angeklagten bejaht.

Der Antrag des Staatsanwalts lautete bei Fischer auf 8 Monate, bei Käufer und Strohm auf je 1 Jahr, bei Körner auf 5 Monate, bei Solger auf 6 und bei Hecker auf 7 Monate Gefängnis. Das Gericht fällt folgendes Urteil: Der Angeklagte Simon wird freigesprochen. Fischer und Käufer erhalten je 1 Jahr, Strohm 9 Monate, Körner 6 Monate, Solger und Hecker je 7 Monate Gefängnis. Von der Untersuchungshaft werden angerechnet: bei Fischer 7 Monate, bei Käufer, Solger und Hecker je 6 Monate, bei Strohm und Körner je 4 Monate.

Wenn wir zu der Berichterstattung über diese Verhandlung den Raum der Metallarbeiter-Zeitung so stark in Anspruch nehmen, so nur deswegen, um dadurch für die an Streiks und Ausperrungen beteiligten Kollegen ein Warnungssignal zu errichten. Es soll hier den Mitgliedern gezeigt werden, daß ganz geringfügige Anlässe genügen, um sich scharfen Schüssen auszusetzen und dann noch vor dem Schwurgericht wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt, eventuell verurteilt und ins Justizhaus gebracht zu werden. 33 Monate Gefängnis wurden zusammen über 6 Angeklagte verhängt, der Staatsanwalt hatte zusammen „nur“ 50 Monate beantragt. Der Gerichtshof hielt die gemeinschaftliche Körperverletzung als hart an den schweren Landfriedensbruch grenzend, daher die harten Strafen.

Nach den Aussagen des Verletzten Kreppler, des Zeugen Höffelbarth und der Zeugin Slotta steht fest, daß der Zeuge Kütz (Sohn des Firmeninhabers Kütz) vier scharfe Schüsse abgab, ohne daß er sich in einer berechtigten Nothwehr befand. Dieser Mann gehörte ob seiner Tat auf die Anklagebank, statt dessen trat er als Belastungszeuge die Anklagebank, statt dessen trat er als Belastungszeuge auf gegen die, die er durch seine scharfen Schüsse einer Lebensgefahr ausgesetzt hat. Aus den Aussagen einer Anzahl Zeugen ist klar zu ersehen, daß erst nach den Schüssen, wodurch alles erregt wurde, die Schiere losging, daß also die Schüsse geradezu das Signal zum Angriff waren. Der Zeuge Kütz, der nach Angabe von Angeklagten schon vorher auf dem Fabrikgrundstück Ziel- und Schießübungen gemacht haben soll, Ziel- und Schießübungen gemacht haben sollen, hat die ganze Verantwortung für den Ausgang dieses Vorkommens auf sich genommen. Dies hat er auch gewußt, sonst wäre er am fraglichen Abend nach Abgabe der scharfen Schüsse nicht ausgereiten! Kütz geht aber frei aus, die, die sich durch seine Schüsse zur Beteiligung an einer gemeinschaftlichen Körperverletzung hinreihen ließen, sitzen hinter Gefängnismauern. Hüben also für die Sünden des Kütz.

Noch ein anderes Moment ist bei der Verhandlung hervorzuheben. Es wurden durch die Angaben des Angeklagten Fischer eine Anzahl Kollegen belastet und deswegen verhaftet und angeklagt. Als Belastungsmomente galten auch Ausperrungen, die die einzelnen nach dem Vorkommnis über ihre Beteiligung an der

Schlüssel in dem **Werkzeugmaschinenbau** gemacht haben. So gab **Hilfer** an, daß **Simon** gesagt habe, er habe dem **Hilfer** nach dem ersten Schuß mit einem **Stiel** auf den **Kopf** geschlagen. Jedoch der zweite Schuß zu **Waden** ging. In der Verhandlung wurde durch den **Jungen Hiller** festgestellt, daß er keinen Schuß nach dem ersten Schuß auf den **Armen**, sondern nur **Abwehr** nur einen Schuß mit der **Hand** in die **Hand** genommen habe. Aus dem **Verhandlungsprotokoll** können die **Zeugen** ersehen, daß sie besser tun, wenn sie sich **gegebenenfalls** durch **nicht** **provozierend** lassen und an der **Tradition** des **Verbands** festhalten; die **Arbeitsnächte** nur durch **Verletzung** von **Ihren** die **Arbeitsnächte** **schädlichen** **Kreisen** abzuhalten. **Tann** werden sie nicht für die **Taten** anderer zu **blößen** brauchen.

Zum Streit im Strebelwert in Mannheim.

Über den verächtigt gewordenen **Arbeitsnachweis** der **Industriellen** von **Mannheim** **Erwägungen** sah am **Samstag** den **6. Dezember** in **Mannheim** eine **massenhafte** **öffentliche** **Versammlung** zu **Wahl**. Nach **einem** **Dieser** **des** **Arbeitsnachweises** **Witzger**, dessen **Ausschreitungen** von **mehreren** **Nebnern** ergänzt wurden, wurde folgende **Resolution** einstimmig angenommen:

„Die **heute** am **6. Dezember** 1908 im **Saalbau** tagende, **stark** **besuchte**, **öffentliche** **Versammlung** der **Arbeiter** **Mannheims** **protestiert** mit **Entschiedenheit** gegen das **System** der **Arbeitsnachweise**, welche es von **Arbeitsnachweis** der **Industrie** absichtlich zum **Schaden** der **Arbeiter** und gegen die **Interessen** der **Allgemeinheit** **gehandelt** wird.

Die **Versammlung** betrachtet den **genannten** **Arbeitsnachweis**, infolge der **berühmten** **gewordenen** **unerhörten** **Praktiken** desselben, als eine **unmoralische**, gegen die **guten** **Sitten** verstoßende **Einrichtung**.

Die **Versammlung** befreit dem **Arbeitsgeber-Verband** und dem **Arbeitsnachweis** gegenüber, daß er von **moralischen** und **gesetzlichen** **Gesichtspunkten** aus das **Recht** herleiten kann, die **Existenz** vieler **Arbeiter** und deren **Familien** in **Frage** zu stellen.

Die **Versammlung** befreit ferner die **Richtigkeit** der **Behauptung**, daß der **Arbeitsnachweis** der **Industrie** den **Zweck** habe, den **richtigen** **Namen** an die **rechte** **Arbeitsstelle** zu **plazieren**, um **dadurch** die **deutsche** **Industrie** konkurrenzfähig zu **erhalten**. Die **Versammlung** ist **viele** **mehr** der **Meinung**, daß der **Arbeitsnachweis** der **Industrie** hierzu **unfähig** ist, und daß **dieses** auch **gar** **nicht** der **Zweck** seines **Bestehens** sein soll. Der **wahre** **Zweck** dieses **Arbeitsnachweises** ist **viele** **mehr** der, daß **durch** denselben die **Arbeiterbewegung** **unterdrückt**, die **Verbesserung** der **Lohn- und Arbeitsverhältnisse** **verhindert**, wie **überhaupt** die **soziale** **Lage** der **Arbeiter** **zurückgedrängt** werden soll.

Von **diesen** **Erwägungen** ausgehend, **fordert** die **Versammlung** im **allgemeinen** **Interesse**, daß die **Frage** der **Arbeitsvermittlung** **gesetzlich** **regelt** wird, und **zwar** in der **Weise**, daß es **ausgeschlossen** ist, daß die **Unternehmer** die **Arbeitsvermittlung** als **eine** **Waffe** gegen die **Arbeiter** **benutzen** können und **wobei** den **Arbeiter** in der **Handhabung** des **Arbeitsnachweises** und in der **Verwaltung** **vollste** **Gleichberechtigung** **eingeraumt** ist.

Die **Versammlung** weist die **öffentliche** **Meinung** auf das **unerhörte**, jedem **Menschlichkeitsgefühl** **hohnsprechende** **Zirkular** des **Dr. Roehrig** an die **Arbeitgeber** hin, in dem **verlangt** wird, daß die **Frauen** und **Mädchen** der **streifenden** **Arbeiter** in den **Strebelwerken** aus der **Arbeit** **entlassen** werden sollen, um so die **kämpfenden** **Arbeitsfamilien** **dem** **Hunger** zu **überantworten**.

Der **gleichen** **öffentlichen** **Berachtung** wird der **Beschluß** des **Arbeitsgeber-Verbandes** **überwiesen**, welcher **verfügt**, daß in **Mannheim** **Arbeitsnachweise** und **Arbeitsstellen** etwa **20000** am **Streif** **unberichtigte** **Arbeiter** am **1. Januar** 1909 **aufs** **Pflaster** **geworfen** werden sollen.

Der **Metallindustriellen-Verband** hat ein **Flugblatt** herausgegeben, betitelt: „An die **Arbeiter** der **Metallindustrie**“. Er will **dadurch** den **Verdacht** **wecken**, die von ihm **beschlagnahmte**, **schwer** **wiegende** **Maschine**, die **Aussperrung**, **abzuwenden**. — Der **Verdacht** **gipfelt** aber **nur** **darin**, die **Arbeiter** des **Strebelwertes** **sollten** **sich** **bedingungslos** **unterwerfen**, **übergewandte** **Gründe** kann der **Metallindustriellen-Verband** **eben** **nicht** **für** **seine** **Maßnahmen** **anzuführen**. Er will die **Rechtfertigung** **nicht** **angeworfen** **haben**, sondern **zur** **Ehre** **erzwingen** **gegen** **sein** **Mitglied**, das **Strebelwert**, **erfüllen**. **Motiviert** wird **dies** **damit**, daß **dieses** **Wort** **wegen** **des** **bestehenden** **Umlaufs** **eines** **Kapitals** **sich** **den** **Kreislauf** **der** **Kontingenz**, die **ähnliche** **Produkte** **auf** **den** **Markt** **brachten**, **hätte** **unbequemer** **müssen**. **Selbst** **in** **einem** **bürgerlichen** **Haute** **wird** **diese** **Notwendigkeit** **nicht** **als** **überzeugend** **betrachtet**. Die **Arbeiter** **haben** **auf** **die** **Kontingenz** **noch** **keine** **Reaktion** **erklärt**, aber **sich** **mit** **einer** **Reaktion** **der** **Wohne** **einverstanden** **erklärt**, aber **es** **wäre** **immer** **unangenehm** **erklärt**, es **habe** **bei** **den** **diktieren** **Maßnahmen** **zu** **bleiben**. **Es** **ist** **deshalb** **frustrierend**, wenn der **Metallindustriellen-Verband** **sagt**, er **wäre** **die** **Stimme** **hätten** **es** **nicht** **an** **Erwägungen** **und** **Entscheidungen** **fehlen** **lassen**, die **zur** **Verständigung** **hätten** **führen** **müssen**.

In der **Neuen** **Badischen** **Landeszeitung** **ist** **der** **Beschluss** **gemacht** **worden**, daß **Herr** **Überingenieur** **Martin** **den** **Verdacht** **zu** **einer** **Aussperrung** **wachen** **solle**, **wegen** **der** **Arbeiter** **nicht** **einzuwenden** **haben**. Der **Verdacht** **des** **Gewerbezugs**, **Herr** **Dr. Edel**, **hat** **den** **Arbeiter** **seiner** **Berücksichtigung** **angeordnet**, was **diese** **angenehm** **haben**. Der **Metallindustriellen-Verband** **wird** **zu** **einer** **Gelegenheit** **haben**, **seine** **Gründlichkeit** **zu** **prüfen**. (S. **Reizung**.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um **Störungen** zu **vermeiden** und eine **geordnete** **Beitragsleistung** zu **erzielen**, **machen** wir **hiermit** **bekannt**, daß **mit** **Samstag** **dem** **20. Dezember** **der** **52. Wochenbeitrag** **für** **die** **Zeit** **vom** **20. bis** **26. Dezember** **1908** **fällig** **ist**.

Die **Unterstützungszahlungen** werden **wiederholt** **benutzt** **ausgegeben**, **daß** **bei** **der** **Bezahlung** **von** **Unterstützungen** **die** **Zahl** **der** **beitragspflichtigen** **Arbeiter** **abgerechnet** **werden** **soll**. Die **Bezahlung** **verlängert** **sich** **teils** **um** **soviel** **Wochen**, **als** **beitragspflichtige** **Arbeiter** **geleitet** **sind**.

- Anträge** **werden** **nach** **§ 22** **des** **Statuts**:
- Auf** **Eintrag** **der** **Verwaltungsstelle** **in** **Berlin**:
Der **Klempner** **Balter** **Klein**, **geb.** **am** **19. April** **1881** **zu** **Köpenick**, **Buch-Nr.** **3562**, **wegen** **Aussperrung** **von** **Verbandsmitgliedern**;
 - Der **Elektriker** **G. Schwanefeld**, **geb.** **am** **12. Dezember** **1873** **zu** **Stettin**, **Lit. A. Buch-Nr.** **21778**, **wegen** **Verbandsmitglied**;
 - Auf** **Eintrag** **der** **Verwaltungsstelle** **in** **Köln**:
Der **Elektriker** **Georg** **Bay**, **geb.** **am** **10. Oktober** **1889** **zu** **Wesel**, **Lit. A. Buch-Nr.** **3055**, **wegen** **Verbandsmitglied**;
- Nicht** **wieder** **angeworfen** **werden** **darf**:
- Auf** **Eintrag** **der** **Verwaltungsstelle** **in** **Genève**:
Der **Bohrer** **Ernst** **Reube**, **geb.** **am** **4. Februar** **1862** **zu** **Dölen**, **Lit. A. Buch-Nr.** **2880**, **wegen** **Schädigung** **der** **Verbandsmitglieder**.

- Wieder** **angeworfen** **werden**:
- Auf** **Eintrag** **der** **Verwaltungsstelle** **in** **Wrocław**:
Der **Schlosser** **Witk.** **Kraemer**, **geb.** **am** **24. August** **1888** **in** **Wrocław**.
 - Aussperrung** **zur** **Verfestigung**.
Die **nachfolgend** **genannten** **Mitglieder** **werden** **aufgefordert**, **sich** **wegen** **der** **gegen** **sie** **beim** **Verband** **erhöhen** **Wahrscheinlichkeiten** **zu** **rechtfertigen**. **Sodern** **eines** **diesmal** **hintereinander** **erfolgenden** **Aussperrung** **keine** **Folge** **gegeben** **wird**, **erfolgt** **Aussperrung** **aus** **dem** **Verband**.
 - Auf** **Eintrag** **der** **Verwaltungsstelle** **in** **Bremen**:
Der **Schlosser** **Witk.** **Reiner**, **geb.** **am** **20. August** **1877** **zu** **Thorn**, **Buch-Nr.** **7**, **wegen** **Schädigung** **der** **Verbandsinteressen**.

- Angeworfen** **und** **eingeworfen** **sind**:
- Schweizer** **Mitgliedsbuch** **Nr.** **62310**, **lautend** **auf** **Kerlmacher** **Gottilb** **Bertschinger**;
 - Mitgliedsbuch** **Lit. A. Nr.** **246880**, **lautend** **auf** **den** **Schlosser** **Wladislaus** **Baglerka**, **geb.** **am** **17. September** **1880** **zu** **Sandberg**;
 - Mitgliedsbuch** **Lit. A. Nr.** **202218**, **lautend** **auf** **den** **Schlosser** **Kurt** **Hoffmann**, **geb.** **am** **10. Oktober** **1880** **zu** **Pleichen** **Berlin**;
 - Mitgliedsbuch** **Nr.** **982870**, **lautend** **auf** **den** **Schlosser** **Witk.** **Luschte**, **geb.** **am** **18. Februar** **1888** **zu** **Ischertau** **Berlin**.

- Geworfen** **wurde**:
- Lit. A. Buch-Nr.** **1462**, **lautend** **auf** **Karl** **Krönert**, **Kerlmacher**, **geb.** **am** **18. August** **1880** **zu** **Magdeburg**, **eingetreten** **am** **20. Mai** **1908** **in** **Magdeburg**;
 - Buch-Nr.** **914862**, **lautend** **auf** **Dreher** **Josef** **Rühlert**, **geb.** **am** **28. Dezember** **1885** **zu** **Gresfenich**, **eingetreten** **am** **12. Novbr.** **1908** **in** **Stuttgart** **Wachen**;
 - Buch-Nr.** **424928**, **lautend** **auf** **den** **Klempner** **Franz** **Junt**, **geb.** **am** **15. August** **1866** **zu** **König**, **Gräbich**.

Alle **für** **den** **Verband** **bestimmten** **Geldbeiträge** **sind** **nur** **an** **Theodor** **Werner**, **Stuttgart**, **Röte-Strasse** **16b** **zu** **richten**; **auf** **dem** **Postabschnitt** **ist** **genau** **zu** **bemerken**, **wofür** **das** **Geld** **verehampt** **ist**. **Mit** **kollegialem** **Gruss** **Der** **Vorstand**.

Quittung

über die **vom** **1. bis** **30. November** **1908** **bei** **der** **Hauptkasse** **eingegangenen** **Verbandsgebühren**.

- Von: **Wachen** 1000, **Wittling** 200, **Ursbach** 200, **Artern** 200, **Kugelfehn** 60, **Udernach** 100, **Bernburg** 400, **Bielefeld** 2, **Broke** 90, **Bremerhaven** 5000, **Breslau** 1500, **Brunsbüttelhafen** 100, **Crimmitschau** 500, **Danzig** 800, **Dassel** 100, **Döbeln** 600, **Dortmund** 1300, **Dresden** 2000, **Düren** 100, **Düsseldorf** 3000, **Duisburg** 800, **Eilenburg** 300, **Esterwerda** 400, **Emden** 800, **Erlangen** 400, **Effen** 3000, **Eßlingen** 2000, **Finstertal** 700, **Frankfurt a. M.** 1000, **Furtwangen** 150, **Gaffn** 250, **Gelsenkirchen** 900, **Göppingen** 1600, **Görlitz** 1000, **Görlitz** 400, **Greiz** 200, **Großschwarz** 600, **Großschwarz** 600, **Gagen** 4500, **Gamlich** 200, **Hall** 100, **Halle a. S.** 5000, **Hamburg** 2000, **Hamburg** 800, **Hirschberg** 200, **Jägershausen** 500, **Kiel** 6000, **Koblenz** 150, **Königsberg** 2000, **Königsbütte** 200, **Kornwestheim** 300, **Krefeld** 800, **Kirchheim** 80, **Lagerdorf** 150, **Lüdenscheid** 1000, **Ludwigshafen** 2000, **Marburg** 150, **Merseburg** 1100, **Mittweida** 400, **Mühlheim** 1200, **Mühlhausen** i. Th. 600, **Mühlhausen** i. E. 800, **Mühlheim** a. Rh. 1000, **Mühlhof** 300, **Neheim** 100, **Neuenhäuser** 400, **Neustadt a. H.** 300, **Neustadt i. S.** 300, **Nowawes-Neuendorf** 800, **Oggersheim** 100, **Oschach** 150, **Oschersleben** 200, **Pöchlitz-Schwarz** 200, **Penig** 600, **Pforzheim** 12000, **Pfungstadt** 250, **Pries** 600, **Radeberg** 400, **Radebühl** 100, **Rastrow** 1200, **Ratzenburg** 200, **Reichenbach** 400, **Reinshausen** 3000, **Rieße** 600, **Röhlau** 600, **Röhlau** 400, **Rühlau** 500, **Schneeberg** 1000, **Schneeberg** 2000, **Schneeberg** 2000, **Schneeberg** 2000, **Stade** 100, **Trier** 50, **Tuttlingen** 300, **Ulmen** 150, **Velbert** 1000, **Wismar** 500, **Wittenberge** 600, **Witzgen** 100, **Wurzen** 300, **Witten** 1000, **Eingelunglieder** **der** **Hauptkasse** **570**, **Sonstige** **Einnahmen** **62334,70**.

Die **Verwaltungsstellen**, **Bevollmächtigten** **und** **sonstigen** **Einzelnen** **von** **Geldern** **wenden** **hierdurch** **dringend** **gebeten**, **vorgeschriebene** **Quittung** **genau** **zu** **prüfen** **und** **etwaige** **Anstände** **sofort** **an** **uns** **zu** **berichten**. **Der** **Vorstand**.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von **Drahtziehern** **nach** **Hohenheim-Niederlehningen** **(Drahtgewebe- und Geflecherei) K.**;
- von **Formern**, **Eisenblechbearbeitern** **und** **Kerlmachern** **nach** **Arbon**, **Schweiz** **(Südpol-Strassenberg) K.**; **nach** **Budapest** **K.**; **nach** **Offenbach** **(Sa. Fiedershausen) St.**; **nach** **Rehndt** **(Sima Jurek) D.**;
- von **Beizungsanstalten** **und** **Seifern** **nach** **Bremen** **S.**;
- von **Reinigungsanstalten** **aller** **Arten** **nach** **Stettin** **(Stahlwerk)**; **nach** **Mühlheim** **(Stettin)**; **nach** **Wrocław** **(Stettin)** **St.**; **nach** **Prag** **(Wrocław)** **St.**; **nach** **Kombach** **in** **Lothringen** **(Kombacher Hütte) D.**; **nach** **Schweinfurt** **(Schweinfurter Hütte) D.**; **nach** **Schneeberg** **(Schneeberg) D.**;
- von **Schlossern**, **Drechern**, **Schmiedern** **und** **Maschinenarbeitern** **nach** **Friedrichsrode** **in** **Thüringen** **(F. Schönan, Kinder-Industrie) K.**; **nach** **Riga** **K.**;
- von **Reinigungsanstalten** **(Schneides** **Fein- und** **Drahtwalzern)** **nach** **Kombach** **i. Sa. (Kombacher Hütte) D.**

(Die mit **K.** **und** **St.** **bezeichneten** **Orte** **sind** **Einzelgebiete**, **die** **überhaupt** **zu** **vermeiden** **sind**; **u. St.** **heißt** **Streit** **in** **Verzicht**; **K.** **heißt** **Streit** **in** **Verzicht**; **St.** **heißt** **Streit** **in** **Verzicht**; **St.** **heißt** **Streit** **in** **Verzicht**; **St.** **heißt** **Streit** **in** **Verzicht**.)

Alle **Richtungen** **über** **Differenzen**, **die** **zur** **Sperrung** **eines** **Ortes** **oder** **andere** **Betriebe** **Auslass** **geben**, **sind** **an** **den** **Verbandsvorstand** **zu** **adressieren**. **Die** **Anträge** **anzu** **hängung** **des** **Verbands** **müssen** **hinreichend** **begründet** **und** **von** **der** **Verwaltungsstelle** **beglaubigt** **sein**.

Der **Arbeitsnachweis** **in** **Orten**, **wo** **keine** **der** **obigen** **Anlagen** **in** **Betracht** **kommen**, **sind** **die** **Mitglieder** **verpflichtet**, **sich** **keine** **zuer** **bei** **der** **Ordnung**, **dem** **Schlichter** **oder** **Schlichter** **des** **betreffenden** **Ortes** **über** **die** **einzelnen** **Schlichter** **zu** **erkundigen**. **Diese** **Anfragen** **sind** **von** **der** **Verwaltungsstelle**, **der** **das** **Mitglied** **angehört**, **abzupfeifen** **zu** **lassen**. **Anfragen** **über** **Orte**, **wo** **keine** **Verwaltungsstelle** **besteht**, **sollte** **man** **an** **den** **Vorstand** **richten**. **Das** **gleiche** **gilt** **für** **alle** **die**, **die** **an** **ihrem** **früherigen** **Arbeitsort** **ihre** **Stelle** **wechsell**.

Korrespondenzen.

Gold- und Silberarbeiter.

Pforzheim. **(Christliche** **Verdrehungsstunde).** **Das** **Organ** **des** **Christlichen** **Metallarbeiter-Verbandes** **bringt** **in** **Nummer** **9** **einen** **Beitrag**, **der** **sich** **mit** **der** **Klage** **eines** **der** **Mitglieder** **beim** **Gericht** **gegen** **die** **Stimme** **Lauer** **(Küngelberg)** **bezieht**. **Es** **ist** **nicht** **notwendig**, **was** **mit** **diesem** **Beitrag** **zu** **besprechen**, **wenn** **die** **ganze** **Lesung** **des** **Beitrages** **nicht** **darum** **hinzu** **reicht**, **den** **beim** **Gericht** **eine** **ausgewählte**, **angest** **gegen** **Lauer** **vorgebracht**, **der** **nach** **der** **in** **seiner** **letzten** **Übersetzung** **des** **Kollegen** **K.** **dies** **an** **seiner** **Eid** **genommen** **haben** **soll**, **was** **nicht** **den**

Zusammenfassung **des** **berichtigten** **Organ** **des** **Verbands** **des** **Christlichen** **Metallarbeiter-Verbandes** **erschließt**, **speziell** **es** **weiter**: **„Auf** **Grund** **der** **Verordnung** **wurde** **eine** **Belehrungs-** **ung**

der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch durch Vereinbarung festgesetzte Erbschaften auf eine angemessene Höhe herabzusetzen, wenn die Erbschaft unverhältnismäßig hoch ist. Dies ist hier der Fall. Die Parteien verpflichten sich auf die Summe von 20 M.

Ein Weisungsbefehl gegen arbeitlose Kollegen.

Hier jugendliche Schläffer, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, gingen am 10. November durch die Straßen von Zwickau, um Arbeit zu suchen. Auf einmal kam der Schuhmann Michel auf sie zugehauert und forderte sie auf, in einen Hausflur einzutreten. Dort war er ihnen vor, daß sie gebettelt hätten. Im Vorübergehen ihrer völligen Unschuld vorwahrten sich die beiden dagegen. Darauf forderte er sie auf, mit nach der Wache zu gehen. Dort wurde ihnen ohne weiteres ein Tag Gefängnis auferlegt. Sie gaben sich damit nicht zufrieden, sondern verlangten gerichtliche Entscheidung, weil sie völlig unschuldig waren. Man wurde sie nach dem Amtsgerichtsgebäude gebracht, wo man sie bis zum 5. Dezember sitzen ließ. Dann führte man sie einer Frau vor, bei der sie gebettelt haben sollten. Die Frau erklärte, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Die, die bei ihr gebettelt hätten, seien viel älter gewesen. Am Nachmittag desselben Tages trat der Gerichtsbauer mit folgenden Worten in die Halle: „Ihr habt aber Schwein gehabt, ihr seid freigesprochen.“ Damit sollten die beiden Kollegen entlassen sein. Hierauf erklärte der eine, daß er eine Beschuldigung verlangte, worauf ihm ein Schriftstück nachstehenden Inhaltes angefertigt und ausgehändigt wurde:

Zwickau, am 5. Dezember 1908.

Herrn Schlossergehilfen geb. 14. April 1888 in

wird auf Ansuchen befristet, daß derselbe, bisher unbestraft, heute vom Königl. Amtsgericht nach Aufhebung eines Haftbefehls entlassen worden ist, da er in der polizeilichen Strafverfolgung vom 20. November 1908 ausgesprochene Verdacht des Betrugs sich nicht bestätigt hat.

Königl. Anwaltschaft Zwickau Gerichtsstempel.

Daß war alles. Man hat die beiden jungen Leute weder für die unschuldig erlittene Unterjuchungshaft entschädigt, noch sich bei ihnen entschuldigt. Dabei zeigte schon ihr Äußeres, daß es sich um ehrliche Arbeiter handelte, die nur das Vieh hatten, daß ihre Arbeitskraft jureit dem Kapitalismus als überflüssig erschien. Der Schuhmann hätte die beiden leicht zu der Frau hinführen können, die die Anzeige erstattet hatte und dann wäre der Irrtum in wenigen Minuten aufgeklärt gewesen. Statt dessen beraubte man sie die ganze Woche hindurch selbst der unvollkommenen sächsischen Freiheit und der Möglichkeit, sich Arbeit zu verschaffen. Wie Lohn klagt der Ausspruch des Gerichtsbauers, der es für „Schwein“ hielt, daß die beiden nur eine Woche lang unschuldig brummen mußten. Ob aber die Zwickauer Polizei ebenso schnell mit dem Verhaften bei der Hand gewesen wäre, wenn es sich um Angehörige der bestehenden Klasse gehandelt hätte?

Vom Rabattmarkenunfall.

Ein in mancher Hinsicht interessantes Urteil fällt kürzlich die Barmer Kammer für Handelsachen in der Klage des Rabattsparevereins gegen den Kaufmann Ernst Wochacker. Dieser war früher Mitglied des Rabattsparevereins gewesen, hatte sich aber von dieser Organisation abgewandt. In den letzten Monaten kündigte er nun wiederholt an: „Solle Rabattbücher nehme in Zahlung, obwohl ich nicht Mitglied des Vereins bin.“ Diese Ankündigung nahm nun der Verein zum Schutz für Handel und Gewerbe alias Rabattspareverein als Handhabe, um gegen den verhassten Wochacker wieder einmal vorzugehen, nachdem verschiedene andere Versuche, ihn gerichtlich lahmzulegen zu lassen, fehlergeschlagen waren. Das Gericht entschied zugunsten des Rabattsparevereins. Im Urteil hiess es unter anderem:

„Der Beklagte wird verurteilt, die Ankündigung zu unterlassen, er nehme volle Rabattbücher in Zahlung, obwohl er nicht Mitglied des Vereins sei. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird dem Beklagten Geldstrafe bis 1500 M. oder Haft bis zu sechs Monaten angedroht.“ Begründung wurde ausgeführt: „Es gilt nach den Ehrengesetzen und dem Aufwandsgefühl des gerecht und billig denkenden Menschen als unanständig und unethisch, in die bestimmdte Organisation des Rabattmarkenverkehrs und des Geschäftsverkehrs, den die Klagerin sich mit großer Mühe geschaffen hat, durch die unerlaubte Annahme von Rabattbüchern, mit der Käufer angezogen werden sollen, und die unerlaubte Weitergabe dieser Bücher ferner einzugreifen.“ Ferner: „Die Ausführungen des Beklagten, das ganze Rabattsystem des Klägers enthalte ein unläuterer Geschäftsgeheben, weil einzelne Waren vom Rabatt ausgeschlossen seien, und einem weiten Kontinuum es nicht möglich sei, 5 Prozent Rabatt zu geben, dieser Betrag daher auf den normalen Kaufpreis aufgeschlagen werde, sei nicht zu billigen. Das Rabattsystem ist ein Hauptstütze der sogenannten Mittelstandsbewegung, die die mittlere und kleinere Geschäftswelt zusammenhält und in ihrem Kampf mit der Konkurrenz, namentlich der Warenhäuser und Konsumvereine stützen und stützen will. Der bei Bezahlung von den Mitgliedern zu gebende Rabatt von 5 Prozent wird präventiv durch die Publikation betäubigt. Darin liegt aber keine Täuschung des Käufers, denn jeder normal denkende Käufer weiß das.“

Die Barmer Kammerpräsidenten für Handelsachen erklären also mit wackler Zehen, es sei ganz selbstverständlich, daß das Rabattwesen falsche Tatsachen vorjagt. Das ist aber kein unläuterer Geschäftsgeheben, weil es ja im Kampf gegen Konsumvereine und Warenhäuser geschieht. Das werden nun die Rabattsparevereiner sagen, die sich unerschrocken bemühen, den Handel zu beherrschen, der Rabatt würde nicht am den Warenpreis geschlagen? Aber ihnen das glaubt, geht nach dem Urteil der Barmer Kammer für Handelsachen nicht zu den „normal denkenden Käufern“.

Zerwürfnis der bayerischen Metallarbeiter.

In der Angelegenheit des Scheiterns des Verbandes bayerischer Metallarbeiter, welcher wir in Nr. 50 (Seite 405) Mitteilungen brachten und zu der Bemerkung, daß der „völlig falsch verstandene Scheitern“ auch nur eine „unklärte Darstellung“ von den Leiden des Bundes der technisch-industriellen Beamten darstellen solle, sind wir nun Sachverhalt dieser Organisation unter anderem folgendes geschrieben:

„Diese Darstellung kann im gegenwärtigen Augenblick nur dahin verstanden werden, daß dem Bunde der technisch-industriellen Beamten gegenüber auch die von Konsumvereinen betriebene Arbeit, wie sie vor allem von der Reichsvereinigung ausgeht gegen die Mitglieder des Bundes getroffen werden kann. Die Aufhebung des Scheiterns vom 21. Mai ist demnach, soweit der Bund der technisch-industriellen Beamten in Frage kommt, rein äußerlicher Natur. In der Sache wird durch sie nichts geändert.“

Sächs. Metallarbeiter.

Kürzlich, „Sächsische“ des Gewerkschafts. Das Hirschheim nach uns geschieden. Das den in Nr. 50 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Mitteilungen des Gewerkschafts wurde geschloffen werden, als ob die Sache in Hirschheim in der Zeit vom 15. Oktober 1908 bis 15. Oktober 1908 von 6 auf 117 Mitglieder gewachsen wäre. Es ist es aber nur ein „Zwischen“ im Hirschheim. Es ist es aber auch nicht gerade richtig. Denn zu den 6 „Hirschheim“, die durch Hirschheim von einem im Laufe der Jahre Hirschheim werden, sind im Jahre 1907 etwa 200 Industriearbeiter aus dem Hirschheim übergegangen, so daß 1907 hier mehr als 200 Mitglieder im Gewerkschaft waren. Von den Hirschheim Metallarbeitern wurde demnach jenseitig behauptet, daß sie 200 bis 400 Mitglieder hätten. Von der Gewerkschaft wurde auch kein 2. Jahres-

nur noch 117 Mitglieder hier hat, so war es ihm also auch in Hirschheim nicht möglich, den größten Teil der übergetretenen Metallarbeiter zu halten. Dieses Bild wird aber auch richtig, wenn man die Wirkungen im Auge behält, die die Hirschheim gemacht haben, um die übergetretenen Metallarbeiter zu halten. Zunächst wurde für hier der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter-Verband in einem „Gewerkschaftsverein der Gold- und Silberarbeiter“. Dann haben im Laufe der Zeit vom Mai 1907 bis heute folgende Arbeiter vom Hirschheim u. s. w. hier gesprochen: Glöckner (Berlin) 3 bis 4 mal, dann Trabant (Berlin), Reber (Wilm), Groß (Wilm), Böhler (Wilm), Walzer (Kaiserlautern), Welter sprach der Reichsanwalt Haas (Kaiserlautern) und zum Schluß mußte Herr Goldschmidt (Berlin) in einer politischen Versammlung über „Liberalismus und Verleumdung“ sprechen, wahrscheinlich um die vielgerühmte politische Neutralität der Gewerkschaften zu illustrieren und dadurch zu retten, was den anderen Hirschheimern vorbehalten war. Zu allem anderen Unheil kamen noch einige Verleumdungsprozesse, die in zwei Fällen bis zur Strafkammer in Karlsruhe führten, wobei die Hirschheim Gewerkschaften ebenfalls hinführten und neben dem Spott noch ganz erhebliche Kosten zu zahlen hatten. Es waren also keine Vorbeeren, die die Herren Glöckner und Welter in Hirschheim pflichteten. Dagegen ist unsere Verwaltungskasse von 1900 bis jetzt von 1000 auf weit über 8000 Mitglieder gestiegen.

Vom Ausland.

Belgien.

Der Belgische Metallarbeiter-Verband (Fédération Nationale Métallurgique) hielt am 10. November in Brüssel einen außerordentlichen Kongress ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Delegierte von Verviers (Antwerpen) einen Protest beim Internationalen Metallarbeiter-Bund wegen des Verhaltens des Niederländischen Metallarbeiter-Verbandes bei einem Streik der Former in Esch, wo er drohte, durch seine Mitglieder die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen, wenn sie von dem belgischen Verband nicht mit unterstützt würden. Der Antrag wurde angenommen. Die Hauptarbeit des Kongresses bestand in der Regelung des Unterstützungswezens. Nach seinen Beschlüssen wird Streikunterstützung nach einem Tage, Arbeitslosenunterstützung nach drei Tagen bezahlt. Mitglieder, die ausreisen müssen, erhalten Unterstüttung, wenn sie innerhalb einer Woche mindestens drei Tage feiern müssen. Wenn aber in einer Branche mindestens 25 Prozent der Mitglieder ausreisen müssen, so tritt die Unterstüttung erst nach vierstägigem Feiern in Kraft. Dauert das Ausreisen aber mehrere Wochen, so werden nur drei Tage abgerechnet, wenn die Arbeitslosigkeit nicht binnen vier Wochen aufhört. Mitglieder, die ihre Militärpflicht absolviert haben, können in der dritten Woche nach der Rückkehr Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn sie nachweisen können, daß es ihnen nicht möglich war, Arbeit zu erhalten. Kranke Mitglieder erhalten zwei Tage nach der Krankmeldung Unterstüttung. Die Reiseunterstützung beträgt 2 Frs. täglich. Sie kann an demselben Orte nur einmal erhoben werden. Die Unterstüttungen treten am 1. Januar in Kraft.

Literarisches.

Allgemeiner Schloffer-Kalender für das Jahr 1909. Notiz- und Nachschlagebuch für Schlosser, Maschinenbauer, Schmiede, Installateure, Monteure, Berufshörer. Mit 130 Musterzeichnungen. Herausgegeben von der Redaktion der Allgemeinen Schloffer-Zeitung, Dresden, Kreuzstraße 1. Neunter Jahrgang. Preis gebunden 1,20 M. Dresden, Verlag von Gustav Wolf, 354 Seiten.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. 29 Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro November 1908.

Table with financial data for the November 1908 report, including income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) from various locations like Berlin, Hamburg, and others.

Table with financial data for the November 1908 report, including income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) from various locations like Berlin, Hamburg, and others.

Table with financial data for the November 1908 report, including income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) from various locations like Berlin, Hamburg, and others.

Table with financial data for the November 1908 report, including income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) from various locations like Berlin, Hamburg, and others.

Die Bevollmächtigten respektive Kassierer werden dringend ersucht, in den zweimonatlichen Abrechnungen nur die Beträge als an die Hauptkasse gefandt oder als Zuschuß erhalten zu verrechnen, die in den betreffenden beiden Monaten auch wirklich erfolgt sind. Gelder, die nach dem 31. Dezember an die Hauptkasse oder von der Hauptkasse abgefandt werden, sind also in der November-Dezember-Abrechnung nicht zu verrechnen; sondern sind dem Kassenbestand zuzuzählen.

Alle für die Krankenkasse sowie die für die Frauensterbekasse bestimmten Postenbungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. 29), Hamburg I, Rosenbinderhof 70, zu richten. Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets auf dem Coupon der Anweisung anzugeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Frauensterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.

Nachtrag.

Zum Streit im Strebelwerk.

Mannheim, 12. Dezember. Heute fanden von 3 bis abends halb 10 Uhr Verhandlungen statt, an denen die Industriellen, der Oberbürgermeister Martin, der Fabrikinspektor, die Firma, ein Mitglied des Hirsch-Dunderjchen Gewerbevereins und von unserer Seite Bezirksleiter Böhler, Bevollmächtigter Schneider und zwei Arbeiter der Firma teilnahmen. Eine Einigung wurde aber noch nicht erzielt. Morgen Sonntag werden die Beratungen fortgesetzt.

Verbands-Anzeigen

Large section containing various notices and announcements from different unions and associations, including membership lists and meeting information.

Private advertisements (Privat-Anzeigen) section containing small notices and announcements.